MAGAZIN FÜR ENGAGIERTE KATHOLIKEN

Januar-Februar 2022

Gemeinde

GESELLSCHAFT

Vollzeitjob und obdachlos

VOR ORT

Neue Wohnformen finden

WOHNEN

Alles im grünen Bereich?



ISSN 1618-8322 65. Jahrgang Januar-Februar 2022

Informationen

- 4 Es geht! Gerecht.
- 5 Der Zauberer verlässt die Manege
- 6 Hagen Horoba schreibt 2022 die MeditationenZukunftsplan: Hoffnung
- 7 Gut aufhören

Meditation

8 »Mein Haus, mein Auto, mein Boot.« Von Hagen Horoba

Alle im
Heft angegebenen
Zusatzinformationen
wie Links oder Literaturhinweise finden Sie auf
unserer Homepage
www.gemeinde-creativ.de
stets beim jeweiligen
Artikel.





Wohnen: Alles im grünen Bereich?

- 10 Ein Schlüssel für soziale Gerechtigkeit
 - Von Martin Schneider
- **14 Gemischte Gefühle**Von Jörn M. Scheuermann
- **16 Eines der knappsten Güter** Von Pat Christ
- 18 Bezahlbarer Wohnraum für alle
- **20 Kein Akt der Barmherzigkeit** Von Martin Schneider
- 22 Abnabelung in ein selbstbestimmtes Leben Von Christine Bronner

- 23 Von hier aus kann's weitergehen Von Pat Christ
- 24 "Was ich tat? Ich schlief halt." Von Pat Christ
- **26 Kirche zu verkaufen?**Von Pat Christ
- 28 St. Klara gemeinsam mittendrin! Von Michael Eibl
- 29 Bezahlbares Bauland dringend gesucht Von Klemens Deinzer

Ökumene

32 Mit der Welt im GesprächInterviews zur Tagung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Karlsruhe

Katholisch in Bayern und der Welt

- 30 Aus Räten und Verbänden
- 34 Begeistert sein

Interview mit Silvia Wallner-Moosreiner

- 35 Auch das noch, Impressum
- **36 Cartoon**Von Thomas Plaßmann



"Mir ist wichtig, dass die Menschen überall in Bayern leben können."

Seit fast zwei Jahren ist **Kerstin Schreyer** inzwischen Bayerische
Staatsministerin für Wohnen, Bau
und Verkehr. In ihrem Ministerium
laufen Megatrends zusammen
– Wohnungsnot und die Frage nach
bezahlbarem Wohnraum, ökologisches Bauen und nachhaltige
Flächennutzung und die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die viele
Städter auf's Land getrieben hat.

Wir freuen uns, **Gemeinde** *creativ* ab diesem Jahr kostenfrei anbieten zu können. Die bayerischen Diözesen finanzieren die Zeitschrift des Landeskomitees künftig als wichtiges Arbeitsmittel für die Ehrenamtlichen vor Ort – eine tolle Wertschätzung für die wertvolle und ermüdliche Arbeit, die in unseren Gemeinden geleistet wird!

Unsere Zeitschrift finden Sie vollständig auch im Internet: www.gemeindecreativ.de. In den nächsten Monaten werden wir unseren Internetauftritt kontinuierlich weiter ausbauen und um neue Rubiken erweitern. Künftig finden Sie neben den Themen aus dem Heft dort auch aktuelle Nachrichten aus den Räten und Verbänden sowie Materialien zu Liturgie, Arbeitshilfen und Best-Practice-Beispiele zu vielen unterschiedlichen Themen (Umwelt, Eine Welt, Soziales ...) und vieles mehr.



Schön ... teuer!

Liebe Leserin, lieber Leser,

für Generationen war es eine Selbstverständlichkeit, dass man sich Wohneigentum *erarbeiten* konnte. Die eigenen vier Wände – das war kein unerreichbares Ziel, kein ferner Traum. Das hat sich geändert. Gebaut wird trotzdem, und zwar kräftig. So kräftig, dass vor einiger Zeit erstmals laut und deutlich darüber diskutiert worden ist, ob das Einfamilienhaus wirklich die Wohnform der Zukunft sein kann und soll. Den Grünen, die diese Diskussion mit angestoßen haben, hat das viel Häme und Kritik eingebracht. Der Grundansatz allerdings ist richtig: wir müssen darüber sprechen, wie wir in Zukunft leben wollen - und dazu gehört auch die Frage, wie wir wohnen möchten.

Die Ressourcen unseres Planeten sind nicht unendlich, das wissen wir längst. Nur handeln wir auch danach? Dass das Wachstum unserer Städte und Gemeinden "auf der grünen Wiese" durch die Ausweisung von Neubaugebieten und Gewerbeflächen nicht ungebremst so weitergehen kann, das leuchtet den allermeisten ein – zumal viele Ortskerne zusehends veröden – doch auf das Eigenheim verzichten? Das sollen dann doch besser die anderen...

... die anderen wären allerdings schon froh, wenn sie sich überhaupt ein Dach über dem Kopf leisten könnten. In unseren Städten werden horrende Mieten gezahlt, viel zu teuer für Normal- oder gar Geringverdiener. Der Katholische Männerfürsorgeverein hat 2020 in München ein Wohnheim eröffnet – für Menschen mit einem Vollzeitjob, die sich aber trotzdem keine Wohnung leisten können. Katholische Verbände wie IN VIA oder Sant'Egidio stellen fest: die Corona-Pandemie hat viele Menschen in existenzielle Nöte getrieben. Die Schlangen vor der Bahnhofsmission werden länger, die an den Essensausgabestellen auch. Die Zahl der Wohnungslosen, sie steigt. Dies kann nur ein kurzes Blitzlicht sein, auf ein The-



ma, das vermutlich viel zu komplex ist, um es auf 36 Seiten zu behandeln. Wir versuchen es trotzdem – und wollen dabei neben dem Blick auf das "große Ganze" vor allem jene Menschen in den Mittelpunkt rücken, auf die sonst kaum einer schaut: Menschen am Rand der Gesellschaft, die keine Chance auf eine reguläre Wohnung haben, wenn sie nicht unterstützt werden. Aber auch auf Seniorinnen und Senioren, denen ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter wichtig ist. Und nicht zuletzt auch auf die Verantwortung der Kirche. Wohnen ist eines der Megathemen unserer Zeit, da können wir uns als Kirche nicht verschließen und sagen: "Das geht uns nichts an." Die Beiträge in diesem Heft zeigen Möglichkeiten und auch Verpflichtungen der Kirche auf, sich hier engagiert einzubringen. Wohnen ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit - Kirche muss sich in Sachen Glaubwürdigkeit an ihrem Engagement messen lassen.

Viel Freude beim Lesen und gute Anregungen für Ihre kirchliche Arbeit wünscht Ihnen

Ihre Alexandra Hofstätter

REDAKTIONSLEITERIN

(-). Holstatte

Gemeinde Creativ

INFORMATIONEN

Entmachtung

In seinem neuen Buch diskutiert der bekannte Soziologe Michael N. Ebertz vier Thesen zur Gegenwart und Zukunft der Kirche – Entmachtung lautet der Titel.



Er stellt fest: aus den Familien kommt der Nachwuchs für die Kirche längst nicht mehr wie früher. Die Kirche hat die "Lufthoheit über Körper, Geist und Seele der Einzelnen" verloren. Entsprechend bunt sind ihre Mitglieder zusammengesetzt, die ihrerseits mit einer pluralen Gesellschaft verflochten sind. In Entmachtung geht es um Macht und ihre Reduktion, um Familien- und Rollenbilder, die Frage nach der Stellung der Frau und darum, wie kirchliche Sozialisation in der modernen Welt gelingen kann. Michael N. Ebertz beschreibt nicht nur diese existenziellen Zäsuren, sondern analysiert die Hintergründe und Zusammenhänge der Entmachtung der Kirche - und skizziert die Richtung möglicher Wege in eine Zukunft. (pm)

* Ebertz, Michael (2021), Entmachtung. 4 Thesen zu Gegenwart und Zukunft der Kirche. 160 Seiten, Paperback. Patmos Verlag, 19 Euro.

Es geht! Gerecht.

Die diesjährige Misereor-Fastenaktion steht unter dem Leitwort "Es geht! Gerecht." Im Mittelpunkt stehen 2022 Projekte zur Anpassung an den Klimawandel in Bangladesch und auf den Philippinen sowie die gemeinsame Verantwortung für Wege zur globalen Klimagerechtigkeit.



"Es geht! Gerecht." - mit diesem Aufruf will Misereor deutlich machen, dass mit gemeinsamen Anstrengungen und einer größeren Solidarität eine Welt möglich ist, in der allen Menschen Anerkennung und Achtsamkeit entgegengebracht und die Schöpfung für zukünftige Generationen bewahrt wird. Die globale Erderhitzung treibt immer mehr Menschen dauerhaft in Armut und Migration. "Mit einer ambitionierten Begrenzung der Klimakrise können wir gegensteuern, dass Menschen in Not geraten und Ungleichheiten zunehmen", betont Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer von Misereor, und appelliert weiter: "Setzen Sie sich für anspruchsvolle Klimaziele ein, um die Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren. Teilen wir die uns geschenkten und doch spürbar begrenzten Ressourcen unserer Erde geschwisterlich und in gegenseitiger Verantwortung."

IN SICH GEHEN, AUSSER SICH SEIN

Fastenzeit, das heißt für Misereor auch, einander zu motivieren, sich persönlich zu fragen: Woraus schöpfe ich Kraft? Wofür setze ich mich ein? Wie geht teilen? Das Werk für Entwicklungszusammenarbeit bringt diesen Prozess der Selbstvergewisserung auf die Formel: "In sich gehen.

Außer sich sein." Was bedeutet: Wer Antworten auf die genannten Fragen sucht, sich mit den Zusammenhängen von eigenem Alltag und dem Leben in benachteiligten Weltregionen auseinandersetzt, soll ins Handeln kommen, sich gegen globale Ungerechtigkeiten und die Zerstörung der Schöpfung einsetzen: mit Aktionen und Spenden, im Gebet und in politischem Engagement.

Eröffnet wird die Misereor-Fastenaktion am Sonntag, 6. März 2022, mit einem Gottesdienst im Freiburger Münster. Am 3. April 2022, dem 5. Fastensonntag, wird dann in allen Kirchengemeinden katholischen Deutschlands für die Arbeit von Misereor gesammelt. Bereits eine Woche zuvor, am 27. März 2022, findet ein virtuelles Fastenkochen statt. Sternekoch Björn Freitag und Misereor-Hauptgeschäftsführer Pirmin Spiegel kochen gemeinsam klimafreundliche und faire Gerichte. Neben Präsenz-Veranstaltungen bietet Misereor auch Online-Workshops zu den Themen der Fastenaktion an. An den ersten fünf Donnerstagen der Fastenzeit finden jeweils um 19 Uhr Online-Stammtische mit inspirierenden Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern zu Themen der Fastenaktion statt. (pm)

* Mehr dazu unter www.gemeindecreativ.de.

Der Zauberer verlässt die Manege

Von Karl Eder

Geschäftsführer des Landeskomitees

Der ehemalige Vorsitzende des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, Helmut Mangold, ist im vergangenen November im Alter von 83 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. Der frühere Ingenieur für Nachrichten- und Informationstechnik sowie Telematik war von Jugend an ehrenamtlich in der katholischen Kirche engagiert: angefangen von seiner Heimatgemeinde in Senden-Aufheim (Kreis Neu-Ulm), über das Dekanat Neu-Ulm und den Diözesanrat der Katholiken der Diözese Augsburg bis zum Landeskomitee der Katholiken in Bayern.

Bereits im Jahr 1971, also wenige Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil und kurz nach Einführung der Pfarrgemeinderäte heutigen Zuschnitts in Bayern, wurde Helmut Mangold zum Vorsitzenden des Pfarrgemeinderates seiner Heimatgemeinde St. Johann Baptist in Senden-Aufheim gewählt. Noch im selben Jahr bestimmten ihn die Delegierten zum Vorsitzenden des Dekanatsrates Neu-Ulm. Diese Funktion übte er bis 2014 aus, also 43 Jahre lang. Mitglied seines Pfarrgemeinderates blieb Helmut Mangold ebenfalls bis 2014.

Erstmals wurde Helmut Mangold im Jahr 2001 von den Mitgliedern der Vollversammlung zum Vorsitzenden des Landeskomitees gewählt. In dieser Mitgliederversammlung in Regensburg wurde zugleich das 50-jährige Bestehen des Landeskomitees gefeiert. Landeskomitee-Mitglied war er aufgrund seiner Funktionen im Diözesanrat der Katholiken der Diözese Augsburg sogar von 1986 bis 2014.

Der Vorsitzende des Landeskomitees, Joachim Unterländer, hebt in der Würdigung für seinen früheren Vorgänger dessen außergewöhnliches Talent hervor, die unterschiedlichen Perspektiven und Richtungen zusammenzuführen, die es in einem



Gremium des Laienapostolats natürlicherweise gebe, das auf überregionaler Ebene die gemeinsamen Anliegen vernetzen und vertreten soll. "Dies ist ihm meisterhaft gelungen, ohne dabei nivellierend zu agieren", betont Unterländer und verweist dabei auf die Dankesworte des früheren Geistlichen Beauftragten der Freisinger Bischofskonferenz und heutigen Diözesanbischofs von Augsburg, Bertram Meier, bei der Verabschiedung Mangolds als Vorsitzender des Landeskomitees im Jahr 2009: "Manchmal glich unser Vorsitzender auch einem kleinen Zauberer, der die unterschiedlichen Meinungen unter einen Hut brachte und überraschende Lösungen hervorholte, damit aus der Manege der Kirche kein Zirkus wurde."

Neben dem bisweilen mühsamen Dienst an der Einheit innerhalb der eigenen Kirche und des Laienapostolats in Bayern, das in den Augen Mangolds auch gleichwertige Strukturen voraussetzt, sei ihm besonders am Herzen gelegen, die Ökumene voranzubringen, betont Joachim Unterländer. "Der Ökumenische Kirchentag im Jahr 2010 in München trägt nachweislich auch die Handschrift von Helmut Mangold, der maßgeblich an der Vorbereitung beteiligt war."

Als "aufrechten Christen und wertvollen Moderator" würdigt auch Kardinal Reinhard Marx den ehemaligen Vorsitzenden des Landeskomitees. "Helmut Mangold war eine überzeugende Gestalt der katholischen Kirche in Bayern." Christ sein, das war für ihn klar, erschöpft sich nicht im sonntäglichen Kirchbesuch, so der Kardinal. "Christsein bedeutete ihm vielmehr, die Welt da, wo Gott ihn hingestellt hatte, im Sinne von Jesu Botschaft mitzugestalten."

Gemeinde Creativ

INFORMATIONEN

Gott ist bunt

Der Franziskanerpater Helmut Schlegel sagt, "dass Liturgie oft nicht lebendig genug, und ja, auch nicht mystisch genug ist. Eine fertige Sprache, ein abgehobener Ritus, der Mangel an Stille – das spricht offensichtlich Menschen nicht im Kern ihrer Seele an." – mit seinem neuen Buch, erschienen in der Reihe Kon-

krete Liturgie des Friedrich Pustet Verlags, will er Abhilfe schaffen. Gott ist bunt. Kreative Gottesdienste für besondere Zeiten und an besonderen Orten heißt es, und der Name ist Programm. Denn der Autor ist



überzeugt, das Kirchenjahr bietet zahlreiche Anlässe, Themen und Orte an, um ausgetretene Pfade zu verlassen und kreativ miteinander zu feiern: wie immer in der Reihe Konkrete Liturgie bündelt Gott ist bunt eine ganze Menge an Bausteinen für liturgische Feiern. Neben besonderen Tagen im Kirchenjahr berücksichtigt Pater Helmut Schlegel dabei auch Orte bei "Weizenkorn und Ackerboden" geht es um gutes Wachstum, bei "Brücken der Gerechtigkeit" um Geld und Ethik. Mit Gott ist bunt kommt man gut durch's Kirchenjahr: vom Dreifaltigkeitsfest bis Allerheiligen, vom Schöpfungsfest bis zum Totengedenken, vom Flurgottesdienst bis zur Mitternachtsandacht. (alx)

* Schlegel, Helmut (2021), Gott ist bunt. Kreative Gottesdienste für besondere Zeiten und Orte. 144 Seiten, kartoniert. Verlag Friedrich Pustet, 16,95 Euro.

Verkaufsoffen im Advent

Die Stadt Regensburg hat Ende vergangenen Jahres informiert, den ersten Adventssonntag verkaufsoffen halten zu wollen. soweit dieser bereits im November stattfindet. Das hat einige katholische Akteure mit deutlicher Kritik auf den Plan gerufen. Das Diözesankomitee der Katholiken, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) und die Betriebsseelsorge im Bistum Regensburg haben sich mit einer Stellungnahme zu Wort gemeldet. "Unabhängig davon, ob diese Entscheidung überhaupt auf einer ausreichend rechtlichen Grundlage getroffen



wurde, wird damit die Intention des Gesetzgebers, nämlich die vier Adventsonntage verkaufsfrei zu halten, ausgehebelt", heißt es dort. Ein verkaufsoffener Sonntag löse nicht die Probleme des stationären Einzelhandels, die durch die Digitalisierung beschleunigt und durch die Corona-Pandemie weiter verstärkt würden. "Sonntagsöffnungen werden dem Strukturwandel in den Innenstädten nicht entgegenwirken können", sind sich die Akteure sicher. "Da das Geld nur einmal ausgegeben werden kann, ist nicht mit einer Umsatzsteigerung zu rechnen, sondern nur mit einer Verlagerung von den anderen Tagen." Wichtiger wäre es, den Sonntag als von Arbeit und Konsum befreite Zeit zu erhalten, an dem man sich mit Freunden treffen, zusammen Unternehmungen planen sowie allein oder gemeinsam eine Zeit der Entspannung und Muße erleben kann. (pm)

Hagen Horoba schreibt 2022 die Meditationen

Wörter / meine Fallschirme / mit euch / springe / ich / ab Ich fürchte nicht die Tiefe / wer euch richtig / öffnet schwebt

Von Hagen Horoba

Dieses Gedicht des in Gleiwitz geborenen und 1990 in München verstorbenen Horst Bieneck begleitet mich seit meiner Schulzeit in Mainz, wo ich 1972 geboren wurde. Bienecks Gedicht, seine Sensibilität für Sprache, erinnern mich immer wieder daran, dass Wörter und ihre Aneinanderreihung in Sprache, in Texten und im gesprochenen Wort eine Bedeutung haben. Dies gilt umso mehr in unserer Zeit, wo wir allerorten erfahren müssen, dass Sprache mehr ausgrenzt als verbindet und verletzt als heilt.

Nach dem Studium der katholischen Theologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt und an der Universität Regensburg sowie einer Tätigkeit in einer Münchner Designagentur führte mich meine be-

rufliche Laufbahn zum Bischöflichen Ordinariat Regensburg. Nach Aufgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Weltkirche kam ich an den Regensburger Dom, in dessen Umfeld ich seit zehn Jahren arbeite. Im Februar 2015 übernahm ich die Leitung des Informations- und Besucherzentrums DOMPLATZ 5.

Während der verschiedenen Lockdown-Zeiten der Jahre 2020 und 2021 schrieb ich Impulse und »Gedanken in besonderen Zeiten«, die wohl mit den Ausschlag dafür gaben, dass ich nun für Gemeinde creativ schreiben darf. Ich freue mich darauf. Sie, verehrte Leserinnen und Leser, durch das Jahr begleiten zu dürfen.

Zukunftsplan: Hoffnung

Weltgebetstag 2022 aus England, Wales und Nordirland

Am Freitag, 4. März 2022, feiern Menschen in mehr als 150 Ländern den Weltgebetstag der Frauen. Dieses Jahr kommen die Vorlagen aus England, Wales und Nordirland. Unter dem Motto "Zukunftsplan: Hoffnung" laden sie ein, den Spuren der Hoffnung nachzugehen. Sie erzählen von ihrem stolzen Land mit seiner bewegten Geschichte und der multiethnischen, -kulturellen und -religiösen Gesellschaft. Aber auch Themen wie Armut, Einsamkeit und Missbrauch kommen zur Sprache.

Eine Gruppe von 31 Frauen aus 18 unterschiedlichen christlichen Konfessionen und Kirchen hat gemeinsam die Gebete, Gedanken und Lieder zum Weltgebetstag 2022 ausgewählt. Sie sind zwischen 20 und 80 Jahre alt und stammen aus England, Wales und Nordirland. Zu den schottischen

und irischen Weltgebetstagsfrauen besteht eine enge freundschaftliche Beziehung.

Bei allen Gemeinsamkeiten hat jedes der drei Länder des Vereinigten Königreichs seinen ganz eigenen Charakter: England ist mit 130.000 km² der größte und am dich-

Bald werden in Bayern die Pfarrgemeinderäte neu gewählt - für viele Männer und Frauen endet dann ein Lebenskapitel, wenn sie sich nicht mehr zur Wahl stellen. An sie richtet sich ein Angebot im Bildungshaus Vierzehnheiligen.

Menschliches Leben ist geprägt von Übergängen. Auch das Ausscheiden aus einem Ehrenamt wie die Mitarbeit im Pfarrgemeinderat stellt einen solchen Übergang dar. Anlässlich der Pfarrgemeinderatswahlen im März 2022 laden die Veranstalter scheidende Pfarrgemeinderatsmitglieder ein, den Übergang bewusst wahrzunehmen und zu gestalten. Es geht darum. Rückschau zu halten auf die Zeit im Pfarrgemeinderat und auf das eigene Engagement. Dabei dürfen sowohl glückliche Erlebnisse als auch

schwierigere Momente zur Sprache kommen. So soll es ermöglicht werden, mit Dankbarkeit auf diese Zeit zu blicken und sie gut abzuschließen.

Im gemeinsamen Austausch, im Auseinandersetzen mit dem eigenen Weg im Pfarrgemeinderat und methodisch abwechslungsreich wird ein passender Rahmen für den Übergang aus dem Pfarrgemeinderat geschaffen.

Der Kurs wird in identischer Weise an zwei verschiedenen Terminen (04./05. April 2022 und 08./09. April 2022) angeboten. Veranstaltungsort ist das Bildungs- und Tagungshaus Vierzehnheiligen im Erzbistum Bamberg. Anmeldeschluss ist am 18. März 2022. (pm)

* Mehr Informationen zum Kurs und zur Anmeldung unter www.gemeinde-creativ.de.



testen besiedelte Teil des Königreichs – mit mehr als 55 Millionen Menschen leben dort etwa 85 Prozent der Gesamtbevölkerung. Seine Hauptstadt London ist wirtschaftliches Zentrum sowie internationale Szene-Metropole für Mode und Musik. Die Waliserinnen und Waliser sind stolze Menschen, die sich ihre keltische Sprache und Identität bewahrt haben. Von der Schließung der Kohleminen in den 1980er Jahren hat sich Wales wirtschaftlich bisher nicht erholt. Grüne Wiesen, unberührte Moorlandschaften, steile Klippen und einsame Buchten sind typisch für Nordirland. Jahrzehntelange, gewaltsame Konflikte zwischen den protestantischen Unionisten und den katholischen Republikanern haben bis heute tiefe Wunden hinterlassen. Diese Identitäten, Brüche, aber auch Gemeinsamkeiten sind Thema beim diesjährigen Weltgebetstag.

Das umfangreiche Begleitmaterial dazu kann auf der Homepage des Deutschen Komitees für den Weltgebetstag heruntergeladen und bestellt werden. Dort gibt es neben interessanten Hintergründen zu den Gastgeberländern, Bildmaterial und Projektvorstellungen natürlich auch wieder die beliebten Rezeptideen, so dass der Weltgebetstag 2022 auch kulinarisch wieder ein Genuss werden

* Mehr dazu unter www.gemeindecreativ.de.

Sozialwahlen

Die nächsten Sozialwahlen sollen am 31. Mai 2023 stattfinden – schon jetzt geht es aber in die Kandidatenfindung. So hat beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) Interessierte dazu aufgerufen, sich für ein



OTO: JENNY ON THE MOON / ADOBE STOCK Mandat zu bewerben. Die ACA

ist vertreten bei den gesetzlichen Krankenkassen, der gesetzlichen Rentenversicherung und bei Berufsgenossenschaften. 2023 soll erstmals eine Stimmabgabe auch online möglich sein. Wer ein Mandat übernimmt, wird sechs Jahre lang in den Entscheidungsgremien der Sozialversicherungsträger den Kurs mitbestimmen. In den Gremien fallen die Entscheidungen über die personelle, finanzielle und strategische Ausrichtung der Sozialversicherungsträger. Nach der jüngsten Reform der Sozialwahlen sei eine stärkere Mitwirkung von Frauen ein zentrales Ziel, heißt es. "Ihre beruflichen Erfahrungen und Kompetenzen werden zukünftig die Entscheidungen bei den Sozialversicherungsträgern wesentlich beeinflussen", erklärte die bayerische ACA-Landesvorsitzende Angelika Görmiller.

Die ACA ist ein ökumenischer Verband. In ihm sind in Bayern die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), das Kolpingwerk, die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für soziale Fragen, der Berufsverband der Hauswirtschafterinnen und der Evangelische Handwerkerverein zusammengeschlossen.

* Mehr unter www.gemeindecreativ.de.



Von Hagen Horoba

Wie in der legendären Werbung einer Finanzgruppe, so sind wir Menschen immer wieder versucht, einander nach den äußeren Schichten unseres Daseins zu beurteilen, nach Körper, Kleidung und zuletzt auch den Häusern, in denen wir wohnen. Ob man in der Badstraße oder in der Schlossallee, im Flüchtlingscamp oder unter einem Brückenbogen sein Zuhause – seine Wohnung – hat, entscheidet leider viel zu häufig nicht nur über die Entwicklung eines Menschen, sondern auch darüber, wie wir über einen Menschen denken.

Wie denken wir über Gott? Wie beeinflussen die Wohnungen, die wir ihm zuweisen unser Gottesbild? Wo »wohnt« Gott überhaupt?

Wohnt er im Himmel des Kinderglaubens oder im neuen Himmel, von dem uns die Offenbarung des Johannes kündet? Ist er in »unzugänglichem Licht« (I Tim 6, 16), scheinbar unerreichbar für uns Menschen, zugleich aber auch allgegenwärtig?

Wohnt Gott in der Natur, der Umwelt, der ganzen Schöpfung?
Verankert er die

»Balken seiner Wohnung im Wasser«, nimmt sich die Wolken zum Wagen und fährt einher auf den Flügeln des Windes (Ps 104)? Sind wir Menschen dabei, diese Wohnung Gottes zu zerstören durch die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen?

Wohnt Gott in den Kirchen, die wir als seine Häuser – Gotteshäuser – bezeichnen? Macht es einen Unterschied, wenn im Ritus der Weihe einer Kirche diese so gut wie nie als »Haus Gottes« bezeichnet wird, dafür aber als »Haus des Herrn« (bezogen auf Christus), »Haus der Gemeinde« und »Haus des Gebetes«? Haben wir Gott seiner Wohnung beraubt?

Wohnt Gott in den Menschen, in ihren Herzen, im Nächsten oder im Anderen? Respektieren wir die Unverletzlichkeit dieser Wohnung, wenn wir Menschen nach ihrer Hautfarbe und Geschlecht, nach ihrer sexuellen Orientierung und

vielen anderen Kategorien unterscheiden, ihnen Lasten aufbürden, ihnen womöglich den Segen verweigern? Die jüdische Tradition kennt neben dem Eigennamen Gottes – JHWH – noch weitere Gottesbenennungen, eine bezeichnet Gott als māqōm – hebräisch für »Ort«. Diese Benennung führt über unsere gedanklichen Grenzen hinaus, auch über die von uns als besondere Orte der Gegenwart Gottes bezeichneten Kirchen, die Menschen, die Natur oder den Himmel: Gott ist allerorten erfahrbar, weil er als māqōm allerorten ansprechbar ist: Allen Versuchen, Gott zu verorten, ist er damit weit voraus.

Bei Gott/māqōm finden alle Zuflucht, gerade auch die, die keine Wohnung haben, die Heimatlosen und Hoffnungslosen, sie alle dürfen sich im Gottesraum geborgen wissen. Auch das, was in unseren Vorstellungen oder Schubladen keinen Platz findet, bei Gott/māqōm hat es einen Ort.

Und selbst, wenn wir Menschen Gott keinen Raum in unserer Herberge anbieten (Lk 2), ihn in seinem Eigentum nicht aufnehmen (Joh 1) und er scheinbar aus der Welt verdrängt wird: Gott/māqōm ist »Wohnung von Geschlecht zu Geschlecht« (Ps 90) – für uns und die Welt.

9

Bezahlbar wohnen

Ein Schlüssel für soziale Gerechtigkeit



Seit Jahren steigen die Wohnungskosten dramatisch, vor allem in Metropolregionen. Die Menschen sind davon unterschiedlich betroffen. Wer bereits ein Eigenheim besitzt, ist von den Preissteigerungen auf dem Boden- und Wohnungsmarkt weniger betroffen, sondern profitiert meist davon, über den Wertzuwachs für seine Immobilie. Nirgendwo in der EU wohnen aber weniger Menschen in den eigenen vier Wänden als in Deutschland, im Schnitt nur jeder zweite. Eine entscheidende Rolle, ob das Wohnen zu einer sozialen Frage wird, spielt das verfügbare Einkommen.

Von Martin Schneider

Theologischer Grundsatzreferent beim Diözesanrat München und Freising

Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung (2021) werden die Unterschiede zwischen Arm und Reich durch das Wohnen größer. Es gibt genügend reiche Leute, an die man jederzeit eine Wohnung verkaufen oder vermieten kann, während die anderen nicht wissen, wo sie bleiben. Wohnen kann arm machen, wie ein Blick auf die Mietbelastungsquote zeigt. 27 Prozent ihres Nettoeinkommens müssen Mieterinnen und Mieter in Deutschland im Durchschnitt für die Kaltmiete ausgeben. Mehr als 40 Prozent des Einkommens für die Miete auszugeben, kann armutsgefährdend sein. 2019 lebten in Deutschland 11,4 Millionen Menschen in durch ihre Wohnkosten überlasteten Haushalten. Das sind 14 Prozent der Bevölkerung.

Die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt haben erhebliche Ver-

teilungswirkungen. Die Wohnungsbedingungen sind nicht nur ein Spiegel bestehender Ungleichheit, sondern tragen zu einer Steigerung der Ungleichheit bei. Es steigen die Vermögen und bei Vermietungen die Einkommen jener Wohlhabenden und Wohnungskonzerne noch weiter, die in den Ballungsräumen über eine Vielzahl von Wohnungen verfügen. Zugleich machen sie dort den Erwerb von Wohneigentum für Einkommensschichten der unteren Mitte unerschwinglich und erschweren es einkommensschwachen Haushalten, sich adäquat mit Wohnraum zu versorgen.

WOHNEN ALS MENSCHENRECHT

Diese Diagnose zeigt, dass es ein Irrweg ist, Marktkräften zuzutrauen, unseren Lebensraum zu gestalten. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, in das freie Spiel der Kräfte einzugreifen. Denn der Wohnraum ist nicht einfach eine Ware. Er hat. so Papst Franziskus in der Enzyklika Laudato si', "viel mit der Würde der Personen" (LS 152) zu tun. Deswegen ist das Menschenrecht auf Wohnen Teil des Rechtes auf einen adäquaten Lebensstandard, das der Internationale Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (ICESCR bzw. UN-Sozialpakt) garantiert.

Daraus folgt **erstens**, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eine öffentliche Aufgabe ist. Dies sollte schon aus Gründen der Marktgerechtigkeit einsichtig sein. Denn auf dem Wohnungsmarkt haben die Anbietenden eine zu große Marktmacht, zumindest in Ballungsgebieten. Dies hängt zum einen mit

dem Gut des Bodens zusammen. Dieses unterscheidet sich merklich von einem "üblichen marktgängigen Gut". "Erstens braucht jeder wohnende Mensch Boden, und zweitens ist Boden nicht beliebig vermehrbar und immobil", so die im Frühjahr 2021 erschienene EKD-Studie "Bezahlbar wohnen" (S. 33). Weil zudem die Entscheidung, eine Wohnung in einer bestimmten Stadt zu suchen, durch berufliche und familiäre "Zwänge" bestimmt ist, entfalle ein wesentliches Marktkorrektiv, das bei üblichen Gütern besteht, indem ohne großen Aufwand auf ein preisgünstigeres Produkt ausgewichen werden kann (S. 35). Wenn aber keine Marktgerechtigkeit herrscht, muss die öffentliche Hand eingreifen, auch um die Bildung übermäßiger wirtschaftlicher Macht zu verhindern. Aus diesem Grund ist es parallel zur Etablierung von Mietpreisbremsen und zur massiven Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus notwendig, eine "Neue Wohngemeinnützigkeit" einzuführen - also dieses 1990 im Zuge des Skandals mit der "Neuen Heimat" zu Grabe getragene Instrument wiederzubeleben.

Zweitens braucht es selbstbewusste Kommunen, die soziale und genossenschaftliche Wohnprojekte fördern. Kommunen können eigene Wohnungsgesellschaften gründen, Land vorausschauend erwerben und an diejenigen Bauherren verkaufen, die ein schlüssiges Konzept für eine soziale Durchmischung und günstige Mieten haben. Mit festen Quoten für den sozialen Wohnungsbau in Neubaugebieten kann vermieden werden. dass in bestimmten Stadtteilen der Anteil von sozial schlecht gestellten Bürgerinnen und Bürger unverhältnismäßig hoch ist. Wenn Baugenossenschaften und Baugemeinschaften bei der Baulandvergabe stärker zum Zuge kommen, ist sichergestellt, dass dieses unter Maßgabe einer größtmöglichen Nutzung für das Gemeinwohl veräußert wird. Darüber hinaus ist es überlegenswert, dass kommunales Bauland nicht verkauft, sondern im Rahmen von Erbpachtverträgen vergeben wird.

Drittens benötigen wir Instrumente, um der Haupttriebfeder der steigenden Wohnkosten in Ballungsräumen entgegenzuwirken: dem

drastischen Anstieg der Bodenpreise. Gewinne, die aus der Spekulation mit Grund und Boden resultieren, zu besteuern, ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Denn Bodenwertsteigerungen sind fast vollständig unverdiente Gewinne, die den Bodeneigentümern ohne eigene Leistungen allein aufgrund der gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Entwicklung der Region zufallen.

Viertens kann einer Ursache für den Anstieg der Wohnkosten entgegengewirkt werden, indem das Postulat "gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet" (Art 72.2 GG) umgesetzt und die Attraktivität von strukturschwachen Regionen erhöht wird. Umso mehr Menschen im ländlichen Raum verbleiben oder auf das Land ziehen, umso mehr wird der Druck auf die Metropolregionen gebremst. Eigentlich müsste die nächsten 20 Jahre keine einzige neue Wohnung gebaut werden, wenn die Suche nach Wohnraum geografisch klüger verteilt wäre und der vorhandene Wohnraum effizienter genutzt werden würde. Einer einzelnen Person steht derzeit in Deutschland so viel Wohnfläche wie nie zuvor zur Verfügung. Aktuell sind es im Schnitt etwa 47 m², 1991 waren es lediglich 31,9 m². Bevor einfach mehr gebaut wird, bedarf es Anreize und Instrumente, den vorhandenen Wohnraum effizienter zu nutzen.

Fünftens sollte mehr Energie in die Förderung des Wohneigentums für möglichst breite Bevölkerungskreise gesteckt werden. Für etwas Eigenes verantwortlich zu sein und darauf vertrauen zu können, dass dieses Eigene auch geschützt wird, schafft für den Einzelnen langfristige Sicherheit und eröffnet Freiheitsräume. Eine breite Eigentumsstreuung ist zudem gesellschaftlich wünschenswert, denn sie verringert die Abhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger von Vermietern und trägt substanziell zur individuellen Alterssicherung bei. Dazu müsste aber vor allem das soziale System an sich beitragen. Die sozialstaatlich garantierten Leistungen und Schutzmechanismen sollten als "Sozialeigentum" angesehen werden. Dass das Versprechen auf soziale Sicherheit im Rahmen eines erhitzten Wohnungsmarktes bis in die Mittelschicht hinein nicht mehr garantiert werden kann, ist gefährlich, weil damit das Vertrauen in das demokratische Gemeinweisen unterminiert wird. Dieser Entwicklung nicht taten- und wortlos zuzuschauen, ist ein "Zeichen der Zeit".

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass in den 1960er und 1970er Jahren die Reform des Eigentumsund vor allem des Baubodenrechts maßgeblich von sozialkatholischen und -protestantischen Initiativen beeinflusst wurde. In den 1980er Jahren sind die Stimmen der Kirchen hierzu nahezu verstummt. Angesichts der drastisch steigenden Wohnungskosten werden sie mittlerweile aber wieder lauter. Beispiele sind zum einen das im Juni 2020 veröffentlichte Papier "Mehr Teilhabe und Zusammenhalt durch gleichwertige Lebensverhältnisse. Ein kirchlicher Diskussionsbeitrag" der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischöfe, zum anderen der im März 2021 publizierte EKD-Text "Bezahlbar wohnen. Anstöße zur ge-

rechten Gestaltung des Wohnungsmarktes im Spannungsfeld sozialer, ökologischer und ökonomischer Verantwortung". Es wird erkannt, dass es längst an der Zeit ist, die Wohnungs- und Bodenordnungspolitik in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken. Im EKD-Text von 2021 wird dabei von drei Handlungsfeldern ausgegangen, die sich für die Kirchen ergeben: "Sie sehen innerhalb ihres Auftrages zur öffentlichen Verantwortung die Aufgabe der ethischen Orientierung im öffentlichen Diskurs, sie sind mit ihren Kirchengemeinden, Beratungsstellen und Einrichtungen zur Wohnungslosenhilfe sozialdiakonisch tätig und sie sind als Eigentümer von Boden und Gebäuden in der Pflicht, mit diesen Gütern ethisch verantwortlich umzugehen."

"Mir ist wichtig, dass die Menschen überall in Bayern leben können."

Seit fast zwei Jahren ist Kerstin Schreyer inzwischen Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr. In ihrem Ministerium laufen Megatrends zusammen – Wohnungsnot und die Frage nach bezahlbarem Wohnraum, ökologisches Bauen und nachhaltige Flächennutzung sowie die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die viele Städter auf's Land getrieben hat.

Gemeinde creativ: In der aktuellen Ausgabe von Gemeinde creativ geht es um das Thema "Wohnen", können Sie zu Beginn einen kurzen Überblick zur Wohnraumsituation in Bayern geben? Kerstin Schreyer: Der Bereich "Wohnen" ist eine ganz große Herausforderung. Und zwar deswegen, weil hier die Fragen so unterschiedlich sind. In Städten wie München haben wir noch nicht mal mehr die Frage nach kostengünstigem Wohnraum. Denn es gibt praktisch keinen. Hier müssen wir überlegen: Wie kriegen wir überhaupt diesen Wohnraum her? Im ländlichen Raum stellt sich dagegen eher die Frage: Kann ich mir ein Eigenheim erwerben? Diese verschiedenen Fragen müssen wir unter einen Hut bekommen.

Preise für Wohnungen und Bauland steigen seit Jahren stetig an, wie sehen Sie diese Entwicklung? Wird Wohneigentum bald nur noch etwas für die Privilegierten der Gesellschaft sein?

Wohneigentum in Städten wie München zu schaffen, ist tatsächlich selbst für sehr gut verdienende Menschen fast unmöglich geworden. Hier gibt es auf dem Land mehr Möglichkeiten. Corona bringt da nun noch mal eine völlig neue Dynamik rein. Früher war man es in der Stadt oft einfach gewohnt, in einer kleineren Wohnung ohne Garten und ohne Balkon zu leben. Abends ist man vielleicht eh noch zum Essen oder zum Sport

gegangen. Insofern war die Frage des Wohnens nicht ganz so entscheidend. Jetzt wird sie aber umso wichtiger. Mehr als jeder achte Bewohner von Städten mit mehr als einer halben Million Einwohner will diese laut einer Befragung des Münchner ifo-Instituts und des Immobilienportals Immowelt binnen maximal eines Jahres verlassen. Wenn man feststellt, dass man vielleicht nur zweimal die Woche zum Arbeiten in eine Stadt fahren muss, weil man den Rest zuhause digital machen kann, dann wird man sich auch überlegen, ob man nicht lieber weiter rauszieht und sich vielleicht dort Wohneigentum schafft.

In den Ballungsräumen können sich heute schon viele Menschen das Wohnen nicht mehr leisten, sind auf Hilfen angewiesen und das, obwohl sie eine Vollzeitbeschäftigung haben...

Es gibt nur ein Mittel gegen Wohnungsmangel: Bauen. Wir als Freistaat unterstützen natürlich auch entsprechend. Zum Beispiel über die Wohnraumförderung. Das waren im vergangenen Jahr 848,6 Millionen Euro, die wir da zur Verfügung hatten. 2020 haben wir bayernweit mit ähnlichen Mitteln mehr als 9.500 Wohnungen gefördert. Und wir bauen auch selbst! Mit der Stadibau, mit der BayernHeim und mit der Siedlungswerk Nürnberg. Weil wir eben auch der Auffassung sind, dass wir unsere Kommunen nicht allein Wohnraum

schaffen lassen können. Wir als Freistaat müssen da schon auch mit anschieben. Das tun wir auch sehr intensiv und erfolgreich.

Stichwort "Sozialer Wohnungsbau" – wurde hier in den vergangenen Jahren etwas verpasst?

In den vergangenen Jahren konnten wir den Stand der Sozialwohnungen auf einem konstanten Niveau halten. 2020 waren es bayernweit mehr als 135.000. In den nächsten Jahren laufen weiterhin planmäßig Sozialmietwohnungsbindungen aus, gleichzeitig werden im Rahmen der Wohnraumförderung neue Bindungen begründet. Wir investieren also weiterhin kräftig in kostengünstigen Wohnraum.

Viele Städter drängen ins Umland, welche Konsequenzen hat das für diese Regionen. Sehen Sie hierin eher Voroder Nachteile?

Mir ist wichtig, dass die Menschen überall in Bayern leben können. Damit es im Umland nicht bald die gleichen Probleme wie in den Städten gibt, müssen wir das Thema Wohnen ganzheitlich betrachten. Ich spreche zum Beispiel von der Straßen- und Schieneninfrastruktur und natürlich auch vom ÖPNV. Wir müssen hier die richtigen Rahmenbedingungen und Anreize setzen, dann werden auch die Vorteile überwiegen.

Es wird viel gesprochen über Flächenversiegelung, darüber, dass das Einfamilienhaus nicht das Wohnmodell der Zukunft sein sollte, und über ressourcenschonendes Bauen. Wie sieht für Sie nachhaltiges Bauen und Wohnen zukünftig aus?

Das Thema Nachhaltigkeit ist zentral für uns. Mit den Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungsbaus haben wir in meinem Ministerium schon vor vielen Jahrzehnten einen eigenen Impulsgeber ins Leben gerufen. Er liefert uns seitdem Innovationen und Blaupausen für zukünftiges und bezahlbares Wohnen für die Praxis. Und da ist wirklich eine Menge Musik drin. Im neuesten Modellvorhaben "Klimaanpassung im Wohnungsbau" geht es zum Beispiel um den Klimawandel und seine Auswirkungen auf das Wohnen und die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner.

Es gibt viele Visionen von "grünen Städten", wie können Artenvielfalt und Umweltschutz an Straßen, auf Dächern, an Fassaden und in Gärten gefördert werden bzw. welche Projekte gibt es hier schon?

Das Ökologie-Thema wird uns natürlich immer mehr beschäftigen. Etwa 30 Prozent der CO2-Emissionen in Deutschland gehen auf Gebäude zurück – im Verkehrssektor sind es etwa 19 Prozent. Wir können hier also richtig etwas bewegen. Unser Ministerpräsident Markus Söder hat

in seiner Regierungserklärung zum Klimaschutz viele Bereiche angesprochen, in denen wir noch besser werden wollen: Fassadenbegrünung, Photovoltaik auf Dächern oder auch *urban gardening*. Wir sind hier an vielen Themen dran und wollen auch als Verwaltung mit unseren eigenen Gebäuden Vorbild sein.

Neben den "großen Projekten", was kann im Kleinen, in jeder Gemeinde und in jedem privaten Vorgarten, getan werden?

In unserer Broschüre "Artenschutz leicht gemacht" haben wir Tipps und Tricks zusammengefasst, wie Artenschutz auch zuhause gelingt. Die Broschüre kann auf unserer Internetseite kostenlos bestellt werden. Wir wollen auch hier Vorbild sein: An den Staats- und Bundesstraßen im Freistaat lassen wir an Böschungen und entlang der Straßen, wo es die Straßenverkehrssicherheit zulässt. ganz bewusst Blühflächen und Rückzugsräume für Insekten und andere Tiere stehen. Außerdem werden etwa 1.000 Hektar besonders wertvolle

Grünflächen zu Straßenbiotopen für Bienen, Schmetterlinge und Co.

Während der Corona-Pandemie haben viele Menschen ins Homeoffice gewechselt, nicht alle werden (wieder vollständig) in die Büros zurückkehren – leer stehende Büroflächen auf der einen, längere Pendlerstrecken (wenn auch nicht täglich) auf der anderen Seite. Wie kann man dem infrastrukturell begegnen?

Wenn wir möchten, dass Pendler die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, müssen wir Angebote schaffen. Ein Thema ist die Reaktivierung von Bahnstrecken. Allerdings muss man hier ganz genau hinschauen. Es bringt nichts, in leeren Zügen Luft zu bewegen. Wenn nicht eine bestimmte Zahl von Fahrgästen erreicht wird, sind Busse oft die ökologisch sinnvollere Alternative. Und dazu braucht man wieder den Straßenbau, denn Busse und Sammeltaxis fahren bekanntlich auch auf Straßen. Wir müssen Angebote in allen Bereichen schaffen.

* Mehr unter www.gemeindecreativ.de.



Kerstin Schreyer

(*1971) ist seit Februar 2020 Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr. Davor war sie Bayerische Sozialministerin (2018 bis 2020) und Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung (2017 bis 2018). Die studierte Sozialpädagogin gehört dem Landtag seit 2008 an.

OTO: STMB/ATELIER KRAMMER

Gemischte Gefühle

Von Jörn M. Scheuermann

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Wohnungsnotfallhilfe München und Oberbayern

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands verfolgen wir wohnbaupolitisch eine klare Strategie: Der Staat hält sich zurück und versucht Verteilungsgerechtigkeit auf dem versorgungsrelevanten Feld des Wohnens über marktwirtschaftlich organisierte Prozesse zu erzielen. So wurden beginnend mit den 1990er Jahren eine größere Anzahl von ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen - insbesondere aus dem Besitz des Bundes, der Länder und Kommunen - an deutsche und internationale Finanzinvestoren verkauft. die heute zu großen börsennotierten Konzernen mit Orientierung auf maximale Renditen verschmolzen sind. Die Wohngemeinnützigkeit, also die Wohnraumversorgung breiter Bevölkerungsschichten ohne Renditeerwartung, wurde 1990 in Gänze abgeschafft. Das Ergebnis: Von Bundesweit einst ca. 3,3 Millionen Wohnungen mit Sozialbindung 1990 existieren aktuell noch ca. 1,1 Millionen, Tendenz weiter fallend.

WOHNUNGSLOS TROTZ VOLLZEITJOB

In München regeln die rechtlichen Rahmenbedingungen des Marktgeschehens, dass die Zahl wohnungsloser Menschen, die von der Landeshauptstadt im Kontext der ordnungsrechtlichen Unterbringung im Sofortunterbringungssystem versorgt werden müssen, in den vergangenen zehn Jahren von unter 2.500 auf mittlerweile ca. 8.200 Personen gestiegen ist, darunter mehr als 1.700 Kinder unter 18 Jahren. Die im Jahr 2019 veröffentlichten, bereits 2017 erhobenen Zahlen wohnungsloser Menschen in Bayern, weisen allein für den Zeitraum 2014 bis 2017 einen Anstieg um annähernd 30 Prozent aus (von knapp 12.000 auf ca. 15.500 Personen). Allein die Steigerungsrate in München lässt darauf schließen, dass die Zahl der betroffenen Menschen in Bayern bis heute auf ca. 18.000 weiter rasant gestiegen ist. Es ist mit dem geflügelten Wort der "sozialen Marktwirtschaft" nur schwer in Einklang zu bringen, dass in strukturstarken Regionen Menschen teilweise trotz Vollbeschäftigung keinen leistbaren Wohnraum finden und so im Einzelfall gar auf einen Platz in einer Einrichtung der Wohnungsnotfallhilfe angewiesen sind. "Wohnungslos trotz Vollerwerbstätigkeit" - in den Metropolregionen unserer Republik sind Teile der sogenannten gesellschaftlichen Mitte - Stichwort Niedriglohnsektor und unterbezahlte Berufe - mit einem die Existenz bedrohenden Armutsrisiko konfrontiert.

Es ist zu bedauern, dass dieses brennende Thema von der bisherigen Bundesregierung mit dem Wohngipfel 2018 lediglich öffentlichkeitswirksam genutzt wurde – nennenswerte, substanzielle gesetzliche Veränderungen für die Schaffung von günstigem Wohnraum wurden weder in der letzten, noch in den Legislaturen zuvor geschaffen.

Eine kurze Analyse des parteiübergreifend und zu jeder Zeit gerühmten Instrumentes "Wohngeld" führt uns zu den politisch verantwortlichen Akteuren, die sich in Talkshows stets in Sorge über die steigenden Sozialausgaben des Bundeshaushaltes zeigen. Dass es aber in der Regel genau diese Akteure sind, die stets eine Erhöhung dieser sogenannten "Subjektförderung" fordern, sich also für den Ausgleich steigender Mietpreise durch die Erhöhung von Wohngeld, der Kosten der Unterkunft oder der Grundsicherung einsetzen, entfaltet auf den ersten Blick eine gewisse Komik - doch auf den zweiten kann man die harte Vertretung von Wirtschaftsinteressen klar erkennen: Genau genommen subventionieren alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einen völlig aus dem Ruder gelaufenen Mietwohnungsmarkt mit jährlich 18 Milliarden Euro. Ob man einen "Markt" - der vom Steuerzahler

an sich mit einer exorbitanten Summe subventioniert werden muss, weil sich Teile der eigentlichen Marktteilnehmerinnen- und teilnehmer die aufgerufenen Preise überhaupt nicht mehr leisten können – einen Markt nennen sollte, muss an dieser Stelle eine philosophische Frage bleiben. Es wäre jedenfalls hilfreich, sauber einzuordnen, dass diese im Bundeshaushalt als Sozialabgaben "getarnten" Steuermittel eigentlich eine indirekte Wirtschaftsförderung privater Wohnbauunternehmen sowie deren Gewinne darstellen.

EINE LÄNGST VERGANGENE ÄRA?

Nachdem es überspitzt formuliert unsere Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel also geschafft hat, mit ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Wohnbaupolitik das 20. Jahrhundert um 16 Jahre zu verlängern, scheint die FDP nun Willens zu sein, in der neuen Koalition in ihre Fußstapfen zu stolpern - die beiden anderen Koalitionäre bleiben seltsam blass. Es ist neben weiteren namhaften Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern immerhin der ehemalige Chefökonom der Weltbank und Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stieglitz, der überraschend scharf davor warnt, die FDP huldige mit ihrem wirtschaftspolitischen Ansatz bezüglich Schuldenbremse und Europa konservativen Klischees einer längst vergangenen Ära. Im Ignorieren der ökonomischen Erkenntnisse vergangenen Jahre sowie der damit verbundenen Verweigerung der Weiterentwicklung der Schuldenbremse werden zur Ermöglichung der Finanzierung überfälliger Investitionen, unter anderem für eine substanzielle Bautätigkeit des Bundes, der Länder und Kommunen, allerlei haushalterische Verrenkungen notwendig sein. Der Bundesminister der Finanzen scheint den Versuch zu wagen, die Herausforderungen der Zukunft mit den ökonomischen Glaubenssätzen der Vergangenheit bewältigen zu wollen.



So bleibt die Aussicht auf eine Wende am Mietwohnungsmarkt vorerst trotz des im Koalitionsvertrag angekündigten Bauzieles von 400.000 Wohneinheiten/Jahr ziemlich vernebelt: Ziele bauen keine Wohnungen.

Der Deutsche Städtetag begrüßt die angekündigte Novellierung des Baugesetzes, die effizientere Ausgestaltung von bestimmten Instrumenten, die Digitalisierung und Verkürzung der Planverfahren, aber auch die Absenkung der Kappungsgrenze im Kontext legaler Mietsteigerungen in angespannten Mietmärkten. Kritisiert wird hingegen zu Recht deutlich. dass die wirklich wirksame Stellenschraube, nämlich die mietpreistreibende Spekulation mit Grund und Boden, nicht justiert wird. Am Beispiel München lässt sich zeigen, dass 1961 acht Prozent der Baukosten eines Hauses auf die Grundstückskosten fielen. 1970 waren es bereits 16 Prozent. Mittlerweile sind es gar 80 Prozent der Gesamtkosten.

Nun steht im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht nur, dass Eigentum verpflichtet, in der Bayerischen Verfassung steht in Artikel 161 sogar, dass Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, für die All-

gemeinheit nutzbar zu machen sind. Die Erträge aus Bodenwertsteigerungen werden nun auch unter der neuen Regierung überhaupt nicht oder wenn dann nur in geringem Umfang besteuert, sind aber überwiegend nicht auf Leistungen des Grundeigentümers zurückzuführen, sondern vielmehr auf Leistungen des Gemeinwesens durch die das Umfeld aufgewertet wird, beispielsweise durch die Schaffung von Baurecht und Infrastruktur. Eine Reform der Bodenbesteuerung, die eine gemeinwohlorientierte Wohnraumpolitik im Blick hat und zwischen unterschiedlichen Gegebenheiten regionalen renziert, hätte bewirken können, dass leistungslose Steigerungen des Bodenwertes abgeschöpft und für Aufgaben der kommunalen Daseinsfürsorge genutzt werden können. Es ginge hier nicht um das zum Wohnen oder Erwerb dienende Boden- und Immobilieneigentum breiter Schichten der Bevölkerung, sondern ausschließlich und gezielt um jene Immobilienvermögen, die gewerbsmäßig betrieben und gehandelt werden und vor allem auf die Erzielung von Maximalrenditen aus Bodenwertsteigerungen angelegt sind. Trivial wäre dies allerdings nicht gewesen: Das Finanzsystem in unserem Land

baut auf Boden und Immobilien auf - mehr als 50 Prozent der Kredite an Unternehmen und Haushalte sind durch Boden besichert, 80 Prozent des Vermögens von Haushalten ist Immobilienbesitz.

Hoffnung macht hingegen der von Experten schon seit Jahren geforderte (Wieder)Einstieg in eine neue Wohngemeinnützigkeit, um die Schaffung von günstigem Wohnraum wieder ökonomisch sinn- und reizvoll zu machen. Hier ist grundsätzlich davon auszugehen, dass dem Einsatz öffentlicher Fördermittel - egal ob durch Steuerverzichte, Steuergutschriften oder Zuschüsse und Förderdarlehen - auch ein dementsprechender dauerhafter und nicht nur zeitlich eng begrenzter öffentlicher Förderzweck gegenüberstehen wird. Doch auch eine Bautätigkeit, auch wenn sie nicht renditeorientiert ist, braucht ein Grundstück. Ob nun das Vorhaben der Weiterentwicklung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) zu einer Wohnbaugesellschaft und damit verbunden das Einbringen bundeseigener Grundstücke punktgenau in den Ballungszentren die Abhilfe schafft, welche die explodierenden Zahlen wohnungsloser Menschen fordern: Es bleibt, dies als Gesellschaft kritisch zu beobachten.

Eines der knappsten Güter

Der Flächenfraß in Bayern muss aus ökologischen Gründen dringend gestoppt werden

Vor genau 20 Jahren richtete Günther Beckstein einen dringenden Appell an die Städte und Gemeinden in Bayern: Angesichts fortschreitender Versiegelung, so der damalige Innenminister, sollten die Kommunen sehr sparsam mit ihren Flächen umgehen. Zu jener Zeit wurden noch Tag für Tag im Schnitt 28 Hektar an Fläche im Freistaat verbraucht. Im vergangenen Jahr waren es "nur" noch 11,6 Hektar täglich. Insgesamt aber wurden in den letzten zwei Jahrzehnten riesige Areale versiegelt.

Von Pat Christ

Freie Journalistin

Die Bodenversiegelung ist ein Problem, welches das industrielle Zeitalter den Menschen beschert hat. Immer mehr Flächen wurden zunächst für Bahnlinien und später für Straßen verbraucht. Boden wurde genutzt, um Wohnungen, Gewerbe- und Industriebetriebe zu bauen. Hinzu kommen heute Flächen für erneuerbare Energien. Etwa für große Photovoltaikanlagen. Längst weiß man: Der Flächenfraß kann und darf nicht derart ungebremst weitergehen. Die Staatsregierung bekräftigte denn auch in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie 2017, dass sie den Verbrauch an Fläche langfristig deutlich reduzieren möchte. Ziel sei eine "Flächenkreislaufwirtschaft".

Viele Menschen, vor allem die Jüngeren, sind heute sehr besorgt wegen des Klimawandels. Dieses Thema dominiert seit langem den öffentlichen Diskurs über Umweltprobleme. Die Bodenversiegelung scheint eher zweitrangig zu sein. Dabei ist auch sie ganz und gar nicht "ohne". Wird immer mehr Fläche versiegelt, verursacht das vielfältige Probleme, warnte das Bundesumweltministerium schon vor mehr als zehn Jahren. Wertvoller fruchtbarer Boden geht verloren: "Pflanzen und Tiere verlieren ihren Lebensraum." Versiegelter Boden vermindert zudem die Versickerung von Niederschlägen: "Das

wiederum verschärft die Gefahr von Hochwasser."

Unter der Webadresse der Stadt Nürnberg kann ein interessantes Konzept zum behutsamen Umgang mit freien Flächen abgerufen werden: "Masterplan Freiraum" nennt es sich. "Die Stadt Nürnberg setzt auf eine nachhaltige Stadtentwicklung mit der Vorgabe: Innenentwicklung Außenentwicklung", erklärt dazu Umweltreferentin Britta Walthelm. Diese städtebauliche Strategie bezweckt, den zukünftigen Bedarf an Fläche für den Bau von Wohnungen, Arbeitsstätten und Kitas dadurch zu decken, dass man bereits erschlossene Flächen im Stadtinneren nachverdichtet. Flächen auf der "Grünen Wiese" sollen in Nürnberg möglichst nicht mehr ausgewiesen werden.

GROSSES UMWELTPROBLEM

Allein auf den CO2-Fußabdruck zu schauen, reicht nicht. Im Sinne der Nachhaltigkeit muss der gesamte "ökologische Rucksack", also der Ressourcenverbrauch, der Wasserfußabdruck und der Flächenverbrauch, betrachtet werden. In Nürnberg wird eben dies versucht. Hier setzt man auch keineswegs allein auf Flächensparen durch Nachverdichtung, betont Britta Walthelm: Die Innenstadt soll gleichzeitig grüner werden. Solche Konzepte sind ganz im Sinn des Bund für Umwelt- und Naturschutz in Bayern (BUND). Der hohe Flächenverbrauch, mahnt der

BUND-Vorsitzende Richard Mergner, ist aktuell eines der größten Umweltprobleme im Freistaat.

Anne Weiß stimmt dem, was der Vorsitzende des Naturschutzverbands sagt, voll und ganz zu. Die Geografin ist Flächensparmanagerin bei der Regierung von Unterfranken. Als solche berät sie Gemeinden, wie sie Boden schützen können. Das ist nicht immer einfach. Ein großes Problem besteht darin, dass Bürger Böden als Spekulationsobjekt erworben haben. Rein pekuniär betrachtet,



Anne Weiß ist Flächensparmanagerin in Unterfranken.

ist das clever: Wer sein übriges Geld vor zehn Jahren in Böden investiert hat, ist heute ein "gemachter Mann". Flächen im Inneren von Städten oder Dörfern brachliegen zu lassen, widerspricht allerdings eklatant dem Gemeinwohl. Denn dann muss neues Land außerhalb verbraucht werden.

Gemeinden können in dieser Situation in ein großes Dilemma geraten. Wie geht man mit Bürgerinnen und Bürgern um, die Flächen blockieren? "Mir sagte einmal ein Bürgermeister, dass es nichts nützt, solche Bürger einmal anzusprechen, es nützt auch nichts, sie zweimal anzusprechen", schildert Anne Weiß. Immer wieder müssten die Eigentümer beackert und auf den Grundsatz "Eigentum verpflichtet!" hingewiesen werden, bis sie sich einsichtig zeigen und die

OTOS: PAT CHRIST



In Unterfranken hat sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche zwischen 2014 und 2019 um die Größe von etwa 4.000 Fußballfeldern verringert.



Immer mehr Gemeinden legen Blühwiesen und Grünflächen an, um der Flächenversiegelung entgegen zu wirken.

Baulücke freigeben. Kluge Bürgermeister, so Weiß, wählen dabei auch nicht den offiziellen Weg. Sondern sie setzen sich mal beim Weinfest mit dem Eigentümer zusammen.

NEUE BAUFORMEN

Bayerns Bürgermeister wollen sich für den Umweltschutz einsetzen. Sie möchten aber gleichzeitig auch, dass jeder, der das will, in ihrer Gemeinde wohnen kann. Nun steigt seit Jahren der Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum. Hier ist der Handlungsbedarf enorm, weiß auch Anne Weiß. Allerdings stellt sich die Frage, welchen Wohnraum man baut. Mehrfamilienhäuser sind besser als Häuser für eine Familie. Außerdem fragt man sich, ob wirklich immer so groß gebaut werden muss, wie das in den vergangenen Jahren geschah. "Wir Flächensparmanagerinnen wünschen uns mehr Offenheit, einmal neue Bauformen und neue Formen des Zusammenwohnens auszuprobieren", sagt sie.

Besser ist es auch, ein altes Gebäude zu erhalten und es nach einer Revitalisierung weiter zu nutzen, als neu zu bauen. Dies geschehe in seiner Gemeinde Kürnach, berichtet Bürgermeister René Wohlfart. In der Würzburger Landkreiskommune ist man sehr darum bemüht, Boden zu schonen. "Dies zeigt sich in der sanften Erweiterung unserer Gemeinde durch wenige kleine Neubaugebiete in der jüngeren Vergangenheit", so der flächensensible Kommunalpolitiker. Mit Landwirtschaftsflächen haben sie immer einen Trumpf im

Ärmel, glauben andere Gemeinden, die sich dem Druck eines wachsenden Flächenbedarfs ausgesetzt sehen. Unterfrankens Flächensparmanagerinnen sehen dies kritisch. Im Regierungsbezirk reduzierte sich die Landwirtschaftsfläche zwischen 2014 und 2019 um etwa 4.000 Fußballfelder. "Natürlich kommt es hier immer auch auf den Bodenwert an", sagt Anne Weiß. Es gibt qualitativ bessere und es gibt schlechtere Böden. Wobei sich der "wahre" Wert des Bodens, was seine vielfältigen ökologischen Leistungen anbelangt, sowieso nicht in seinem Marktwert spiegelt.

ENTSIEGELUNG IST MÖGLICH

Übrigens gilt der Spruch, dass "futsch futsch und hin hin" ist, beim Boden nicht ganz: Es ist möglich, Boden wieder zu entsiegeln. Allerdings ist das teuer. Und natürlich hat der entsiegelte Boden nicht die ökologische Qualität eines Bodens, der nie versiegelt war. "Es gibt in Unterfranken auch nur wenige Beispiele von Entsiegelungsprojekten", sagt Anne

Weiß. In jedem Fall sei es besser, Flächen erst gar nicht zuzubetonieren. Das gilt im Übrigen, wie die Geografin betont, nicht zuletzt im privaten Bereich. Auch Steingärten sind aus ökologischen Gründen fatal. Gerade in Hausgärten sollten möglichst viele kleine Insektenparadiese geschaffen werden.

Wer aktuelle Prognosen im Blick hat, müsste alles dafür tun, jetzt nicht falsch zu bauen. "Der Raumordnungsprognose für 2040 zufolge wird sich die Zahl der Drei- und Mehrpersonenhaushalte in den nächsten 20 Jahren um etwa zehn Prozent reduzieren", sagt Anne Weiß. Gleichzeitig wächst die Zahl der Singlehaushalte. Bürgermeistern, die jetzt neu planen, müsse das bewusst sein. Denn schließlich baut man ja nicht nur für heute. Und auch nicht nur für morgen. Sondern für mehrere Jahrzehnte. Anne Weiß veranschaulicht das an geschichtsträchtigen Häusern: "Wie lange Gebäude nutzbar sind, das zeigen uns denkmalgeschützte Häuser aus dem 17. Jahrhundert."



Der Bedarf an Wohnfläche steigt – für die Zukunft braucht es neue Wohnmodelle.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Leitlinien und Handlungsmöglichkeiten aus christlicher Perspektive

Seit Jahren steigen in der Metropolregion München die Wohnungskosten dramatisch. Auch wenn Arbeitslose, Geringverdienende, Alleinerziehende, Familien und ältere Menschen besonders von der Entwicklung betroffen sind, ist das Problem längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum wird zunehmend zur drängenden sozialen Frage unserer Zeit. Der Diözesanrat München und Freising hat dazu 2019 ein ausführliches Positionspapier veröffentlicht, das wir hier in Auszügen abdrucken dürfen:

Wohnen ist Menschenrecht

Papst Franziskus weist in der Enzyklika Laudato si' darauf hin, dass Wohnraum "viel mit der Würde der Personen" (LS 152) zu tun hat und daher nicht einfach eine Ware ist. Wohnen gehört wie Nahrung, Kleidung, Gesundheit und Bildung zu den elementaren Bedürfnissen, deren Befriedigung ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Beteiligung ermöglicht. Das Menschenrecht auf Wohnen ist Teil des Rechtes auf einen adäquaten Lebensstandard ..., das der Internationale Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (ICESCR bzw. UN-Sozialpakt) garantiert. Mit der Ratifikation des UN-Sozialpakts im Jahr 1976 hat die Bundesrepublik Deutschland das Recht auf Wohnen rechtsverbindlich anerkannt. Die Wohnungsversorgung hat infolgedessen nicht den Grundsätzen der Leistungsgerechtigkeit zu folgen, sondern denen der Bedarfsgerechtigkeit.

Wohnen ist Ausdruck der persönlichen Identität

Das Recht auf Wohnen verbürgt mehr als ein Dach über dem Kopf. Die eigene Wohnung ist ein existenziell notwendiger Rückzugs- und Schutzort für sich selbst und um partnerschaftliche, familiäre und freundschaftliche Beziehungen zu festigen. Die eigenen vier Wände sind ein Freiraum, über den der Ein-

zelne weitgehend selbst bestimmen, in dem er sich zu sich selbst verhalten und in dem er sich frei entfalten kann. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sind diese Aspekte im Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) verankert.

Eigentum für möglichst viele und Mieterschutz

In der kirchlichen Sozialverkündigung spielt die Förderung des Wohneigentums für möglichst breite Bevölkerungskreise eine große Rolle. Für etwas Eigenes verantwortlich zu sein und darauf vertrauen zu können, dass dieses Eigene auch geschützt wird, schafft für den Einzelnen Stabilität und eröffnet Freiheitsräume. Eine breite Eigentumsstreuung ist zudem gesellschaftlich wünschenswert, denn sie verringert die Abhängigkeit der Bürgerinnen und Bürger von Vermietern und trägt substanziell zur individuellen Alterssicherung bei.

Soziale Gerechtigkeit

Die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt und auf dem Markt für Wohnimmobilien haben erhebliche Verteilungswirkungen. Die aktuellen Wohnungsbedingungen sind nicht nur ein Spiegel bestehender Ungleichheit, sondern tragen zu einer Steigerung der Ungleichheit bei. Es steigen die Vermögen und bei Vermietungen die Einkommen jener

Wohlhabenden und Wohnungskonzerne noch weiter, die in den Ballungsräumen über eine Vielzahl von Wohnungen verfügen. Zugleich machen sie dort den Erwerb von Wohneigentum für Einkommensschichten der unteren Mitte unerschwinglich und erschweren es einkommensschwachen Haushalten, sich adäquat mit Wohnraum zu versorgen. Wer einen großen Anteil seines Einkommens für die Miete zahlt, kann kaum etwas ansparen. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, in das freie Spiel der Kräfte einzugreifen. Wohnungspolitik ist Sozialpolitik.

Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land

Das Postulat "gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet" (Art 72.2 GG) begründet die öffentliche Aufgabe, die Attraktivität von (beinahe) "abgehängten" Landstrichen zu erhöhen. Unabhängig von der Lage des Wohnorts sollen die Bürgerinnen und Bürger gleichwertige Lebensbedingungen, Chancen und Handlungsspielräume haben. Zugleich kann durch eine Förderung strukturschwacher Regionen der Zuzug in Ballungsräume gebremst werden – und damit eine Ursache für den Anstieg der Wohnkosten.

Generationengerechtigkeit

Gegenwärtige Probleme dürfen nicht zulasten kommender Generationen "gelöst" werden. Einer der größten Emittenten für CO2 sind die Wohngepflogenheiten, auch weil immer mehr Menschen immer mehr Wohnraum für sich in Anspruch nehmen. Zudem ist der massive Verlust von (fruchtbaren) Böden durch die Ausweisung neuer Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen ein Verstoß gegen die intergenerationelle Gerechtigkeit.



Kollektive Verantwortung

Die Gestaltung des Wohnraumangebots hat sozialpolitische, ökonomische und ökologische Dimensionen. Es ist aber auch eine demokratiepolitische Frage, inwieweit Einwohner einer Stadt oder einer Region über Veränderungen mitentscheiden und sich als kollektive Eigentümer des (kommunalen) Raumes verstehen können. Die individuelle Verfügung über eigenen Wohnraum, entweder als Mieter, als einzelner Eigentümer oder genossenschaftlich organisiert, kann dazu beitragen, weil dies die Identifikation mit dem Wohnumfeld und Verantwortung für das lokale Gemeinwesen fördert. Es kann aber auch zu Vereinzelungs- und Abwehrtendenzen führen. Der entscheidende Punkt ist, dass die Bewohner ihr Eigentum auch als Aufgabe betrachten und nicht nur als Besitz für sich alleine.

HANDLUNGSMÖGLICHKEITEN DER KIRCHE

Die Erzdiözese München und Freising verfügt über nicht unerhebliche Liegenschaften und Immobilien. Wie die Kirchenstiftungen und andere kirchliche Liegenschaftsbestandshalter damit umgehen, ist eine Anfrage an ihre Glaubwürdigkeit. Authentizität und Transparenz sind daher sehr wichtig. Eine Voraussetzung dafür ist eine Bestandsaufnahme der für den Wohnungsbau verwertbaren/bebaubaren Liegenschaften in der Erzdiözese. Darüber hinaus müssen die Kirchenstiftungen besser über ihre im aktuell geltenden Rechtsrahmen bestehenden Handlungsspielräume informiert werden. Oft sind diesen die Möglichkeiten nicht bekannt, die sie für eine soziale und ökologische Erschließung und Nutzung von Grundstücken besitzen.

Vergabe von Erbpachtgrundstücken

Die Erzielung des maximalen Erlöses darf für die Kirche kein Maßstab sein. Bei der Vergabe von Erbpachtgrundstücken muss daher das Steigerungsbzw. Bieterverfahren (das höchste Angebot erhält den Zuschlag) abgelöst werden von einem Verfahren, bei dem neben dem Werterhalt auch soziale und ökologische Kriterien den Ausschlag geben. Dazu muss ein verbindlicher Kriterienkatalog ausgearbeitet werden. Die Entscheidungen der Erzbischöflichen Finanzkammer müssen nachvollziehbar sein. Dabei sollte auch diskutiert werden, ob neben sozialen und ökologischen das ehrenamtliche Engagement in der Pfarrei in den Katalog mit aufgenommen wird. Auf alle Fälle muss geregelt werden, zu welchen Konditionen kirchliche Sozialverbände auf kirchlichen Grundstücken Sozialeinrichtungen schaffen können. Für den Bau von Kindertageseinrichtungen bestehen bereits Regelungen, die auch Vorbild sein können für die Schaffung von anderen sozialen Einrichtungen auf kirchlichen Grundstücken.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Kardinal Julius Döpfners viel zitierter Satz "Wohnungsbau ist Dombau, Wohnungssorge ist Seelsorge" stammt aus der Zeit, in der er nach dem Zweiten Weltkrieg ein katholisches Wohnungswerk zum Wiederaufbau von Würzburg gründete. In den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten war die Leistung der katholischen Wohnungsbaugesellschaften beachtlich. Zwischen 1957 und 1974 errichteten sie jährlich zwischen 6.000 und 10.000 Wohneinheiten. Dieses Bemühen ist stark zurückgegangen. Im

Jahr 2015 wurden noch genau 1.167 neue Einheiten in ganz Deutschland von katholischen Trägern fertiggestellt. Eine Orientierung an den ursprünglichen Werten und Aufgaben ist vonnöten. Wir wünschen uns von der Bistumsleitung der Erzdiözese München und Freising ein klares Bekenntnis zur Schaffung von bezahlbarem und ökologisch-nachhaltigem Wohnraum. Bezahlbarer Wohnraum wird auch dadurch geschaffen, dass geeignete Pfarrhäuser, Wohnungen und Grundstücke für Zwischennutzungen freigegeben werden.

Genossenschaften

Die zivilgesellschaftliche Suche nach neuen Formen gemeinschaftlichen Wohnens sollte von der Kirche aktiv unterstützt werden. Dies kann bedeuten, dass auf kirchlichen Grundstücken genossenschaftliche sowie gemeinschaftliche Wohnprojekte einen gewissen Vorrang haben. Parallel dazu könnte in der Erzbischöflichen Finanzkammer eine Anlaufstelle eingerichtet werden, die interessierte Kirchenstiftungen berät. Überlegenswert ist auch, eine kirchliche Dachgenossenschaft zu gründen.

Flächen sparen

Bei bestehenden Bebauungen soll die Möglichkeit der Nachverdichtung geprüft werden, insbesondere soll bei auslaufenden Erbpachtverträgen darauf geachtet werden, dass Verdichtungen ermöglicht werden, und dies als Bedingung in die neuen Verträge eingebracht wird.

* Den vollständigen Erklärungstext, den der Diözesanrat der Katholiken der Erzdiözese München und Freising im November 2019 beschlossen hat, lesen Sie unter www.gemeindecreativ.de.

Kein Akt der Barmherzigkeit

Plädoyer für ein konzeptionelles Erbbaurecht

Damit die Kirche ihre vielfältigen Aufgaben finanzieren kann, ist sie auf Einnahmen angewiesen. In der Erzdiözese München und Freising werden diese derzeit zu 80 Prozent aus der Kirchensteuer und staatlichen Subventionen generiert, die Erträge aus Finanzanlagen, Mieten und Pachten tragen zusammen weniger als 10 Prozent dazu bei. Angesichts der zu erwartenden Einbrüche bei der Kirchensteuer könnte es eine Option sein, die Einnahmen aus Mieten und Pachten zu steigern.

Von Martin Schneider

Theologischer Grundsatzreferent beim Diözesanrat München und Freising

Dazu wäre Transparenz über den kirchlichen Grundbesitz und die für den Wohnungsbau verwertbaren/ bebaubaren Liegenschaften wichtig. Sicher ist aber, dass zumindest in prosperierenden Ballungsräumen die kirchlichen Rechtsträger von den exponentiell steigenden Mieten und Preisen für Grundstücke profitieren. Doch ist bzw. wäre eine derartige Strategie zu rechtfertigen? Nicht ohne Grund verpflichten sich die Kirchen in Veröffentlichungen zur Wohnungsfrage dazu, als Eigentümer von Boden und Gebäuden ethisch verantwortlich zu handeln.

KIRCHENRECHTLICHE VORGABEN

Ein Kriterium für den Umgang mit kirchlichen Liegenschaften und Wohnimmobilien kann dem kirchlichen Gesetzbuch (CIC) entnommen werden. In c. 1254 wird für die Kirche das grundlegende Recht konstatiert, Vermögen "zu erwerben, zu besitzen, zu verwalten und zu veräußern". Im gleichen Atemzug wird die Zweckgebundenheit des Vermögens in Erinnerung gerufen. Der Vermögenserwerb muss ausschließlich den der Kirche "eigenen Zwecken" dienen, ist also lediglich "Mittel zum Zweck". Als vorrangige Zwecke werden neben dem Unterhalt der kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die drei kirchlichen Grundfunktionen

Liturgie, Verkündigung und Caritas angeführt. Ein zweites Kriterium des CIC für den kirchlichen Umgang mit Vermögen sind die besonderen Sorgfaltspflichten. In c. 1284 werden alle kirchlichen Vermögensverwalter verpflichtet, ihre Verwaltungsaufgaben mit der "Sorgfalt eines guten Hausvaters" zu erfüllen (c. 1284 § 1). Inhaltlich zielt das patriarchale Bild vor allem auf die Verpflichtung, die Substanz kirchlichen Vermögens zu erhalten.

BEZAHLBARE MIETEN

Auch beim kirchlichen Umgang mit Wohnimmobilien und Grundstücken muss der Grundsatz des Werterhalts eingehalten werden. Andererseits ist es schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit geboten, kirchliche Immobilien "zum Teil unter den ortsüblichen Marktpreisen zu vermieten, um bestimmte Wohnformen (z.B. Mehrgenerationenhäuser) und eine breite Mischung verschiedenster Sozial- und Einkommensmilieus zu fördern", so die Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik der deutschen Bischofskonferenz im Juni 2021. Eine zentrale Frage ist in diesem Zusammenhang, wie hoch der Anteil der Wohneinheiten ist, die nach sozialen Kriterien vermietet werden, und ob eine Deckelung der Mieten existiert. Hier hat sich in den vergangenen Jahren vieles bewegt. Die Erzdiözese München und Freising will bei kircheneigenen Immobilien ein Drittelungs-Konzept anwenden: 30 Pozent der Wohnungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittlerer und unterer Gehaltsstufen, weitere 30 Prozent an Menschen, die es schwer haben, auf dem Wohnungsmarkt geeigneten Wohnraum zu finden, die restlichen 40 Prozent zu Konditionen des allgemeinen Wohnungsmarkts. Auch kirchliche Wohnungsbaugesellschaften wollen soziale und ökologische Kriterien stärker gewichten. Das katholische Siedlungswerk München (KSWM) hat sich im Juli 2019 für die eigenen 3.000 Wohnungen einen Mietendeckel verpasst. Die Erzdiözese München und Freising, zu 99 Prozent Gesellschafter des KSWM, hat bereits 2016 dessen Eigenkapital um etwa 25 Millionen Euro aufgestockt - und damit mehr als verdoppelt. Seit Oktober 2019 verzichtet die Erzdiözese auch bei ihren im Eigenbestand befindlichen Wohnungen für zunächst drei Jahre auf Mieterhöhungen.

KONZEPTVERGABE IM ERBBAURECHT

Bei der Vergabe von Grundstücken im Erbbaurecht gibt es demgegenüber wenig Bewegung. Folgende Argumentationsstränge sind es, mit denen in kirchlichen Finanzverwaltungen das Anliegen, bei der Vergabe von Erbbaugrundstücken einen Kriterienkatalog anzuwenden, "relativiert" wird:

- ▶ Zur Findung eines marktgerechten Erbbauzinses sind Kirchenstiftungen aufgrund der kirchen- und stiftungsrechtlichen Vorgaben verpflichtet (eine Unterwertvergabe ist nicht zulässig).
- Der Marktwert eines Grundstücks wird über ein Meistbietungsverfahren ermittelt. Demnach können Interessenten ein Gebot abgeben und der oder die Meistbietende erhält den Zuschlag.
- Das Meistbietungsverfahren ist notwendig, um faire und transparente Entscheidungen zu gewährleisten. Es minimiere "Vetternwirtschaft", die Teilnahmebedingungen seien gleich, jedem und jeder

- werde eine gerechte Chance auf ein Erbbaurecht ermöglicht.
- Nur in einem Bieterverfahren kann der tatsächliche Marktwert eines Grundstücks ermittelt werden.

Aus ethischer Perspektive muss vor allem die Orientierung am Marktwert problematisiert werden. Kann dem Gebot des Werterhalts nur dann entsprochen werden, wenn man sich daran orientiert? Das bayerische Stiftungsgesetz (Art. 22 Abs. 1) spricht von einer "dauerhafte[n] und nachhaltige[n] Erfüllung des Stiftungszwecks durch das Vermögen der Stiftung", aber nicht von einer Bindung an den Marktwert. Zudem zeigen Analysen des Wirtschaftswissenschaftlers Dirk Löhr, dass die Konzeptvergabe im Erbbaurecht, also eine Orientierung an sozialen und ökologischen Kriterien, zu mehr Marktgerechtigkeit führt, weil der Wettbewerb erhöht und Machtungleichgewichte zwischen Anbietenden und Nachfragenden minimiert werden. Darüber hinaus können Konzeptvergaben zu einem gemeinwohlorientierten Bodenmarkt beitragen. Hierzu ist ein moderater Erbbauzins notwendig, der auf Basis eines deutlich ermäßigten Bodenpreises bemessen wird. Wenn sich in Metropolregionen der Erbbauzinssatz auf die marktüblichen Bodenpreise bezieht, ist er für die meisten Bürgerinnen und Bürger nicht mehr bezahlbar, auch wenn er bei "nur" 2,5 Prozent liegt. Aus diesem Grund hat sich zum Beispiel die Erzdiözese Freiburg vom Meistbietungsverfahren verabschiedet und orientiert sich an der Gesamtbelastung für den Erbpachtnehmer.

SICH AN WIRTSCHAFTS-ETHISCHEN STANDARDS ORIENTIEREN

Sich an ethischen Kriterien zu orientieren, ist kein Akt der Barmherzigkeit. Beim konzeptionellen Erbbaurecht wird nichts verschenkt. Es geschieht auch keine Unterwertvergabe. Das Vermögen, der Wertzuwachs des Grundstückes, bleibt dem jeweiligen kirchlichen Rechtsträger ja erhalten. Es wird lediglich darauf verzichtet, von exponentiellen Steigerungen des Bodenpreises zu profitieren.

Eine Voraussetzung für diesen Schritt ist, dass die dem CIC und dem staatlichen Stiftungsrecht inhärente Trennung zwischen Vermögensbildung und Zweckbestimmung relativiert und nicht mehr strikt zwischen

Ertragserwirtschaftung und Ertragsverwendung getrennt wird. Dass dies nicht vollends unmöglich ist, darauf verweist die Tradition des "Abkinderns" des Erbbauzinses. In der Erzdiözese München und Freising beispielsweise kann bei kinderreichen Familien der Erbbauzins um bis zu 20 Prozent reduziert werden. Diesen Ansatzpunkt zu nachvollziehbaren sozialen und ökologischen Kriterien weiterzuentwickeln, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Dass hier - wie bei der ethisch-nachhaltigen Ausrichtung der Vermögensverwaltung - ein überdiözesaner Reflexionsprozess einsetzen sollte, ist schon infolge der Größenordnung, mit der die katholische Kirche im Erbbaurecht vertreten ist, angebracht. Im Grunde stehen die kirchlichen Stiftungen vor einer Herausforderung, die das deutsche Stiftungswesen im Allgemeinen meistern muss: die Trennwände zu beseitigen zwischen Geldanlagen und Förderungen.

* Vom Autor ist zum Thema ein ausführlicher Beitrag im Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 62 (2021) erschienen. Ausschnitte aus einem Papier des Diözesanrates München und Freising zum Thema lesen Sie auf Seite 18/19.



OTO: TANIALERRO / ADOBE STOCK

21

Junges Wohnen

Abnabelung in ein selbstbestimmtes Leben

Erkranken Menschen in einem jungen Alter schwer, so stellt sich auch die Frage der geeigneten Wohnform. Während minderjährige Patientinnen und Patienten meistens im häuslichen Umfeld leben können, ist die Situation bei schwer erkrankten jungen Erwachsenen komplizierter. Vor allem in dieser Zielgruppe besteht dringend Handlungsbedarf.



Von Christine Bronner

Stiftung Ambulantes Kinderhospiz München

Schwerkranke minderjährige Patientinnen und Patienten sollten bevorzugt in ihrem häuslichen Umfeld leben, zusammen mit ihren Familien oder in geeigneten Pflegefamilien. Damit die betroffenen Familien die Pflege und Versorgung zu Hause meistern können, müssen sie durch zahlreiche, regelhafte Entlastungsangebote im Alltag gestärkt werden. Das bedeutet, dass zusätzlich zur ärztlichen Behandlung, Therapie und Pflege weitere Entlastungsangebote greifen müssen, insbesondere Krisenbetreuung, Pflege- und Angehörigenberatung, sozialmedizinische und teilhabeorientierte Nachsorge sowie ambulante, (teil)stationäre und ehrenamtliche Kinderhospizarbeit

zur Entlastung der Familie. Aktuell ist die ambulante Versorgung jedoch meist unzureichend, ihre Vermittlung wird dem Zufall überlassen und die mangelhafte Finanzierung der Angebote bedingt eine hohe Spendenabhängigkeit der Träger. Hinzu kommt der Mangel an Pflegekräften.

WOHNFORMEN FINDEN

Bei jungen schwerkranken Erwachsenen ist die Situation eine andere: Sie haben einen Anspruch auf ein eigenständiges Leben. Dafür sind jedoch besondere Wohnformen erforderlich. Hier gilt es, innovative Ansätze zu entwickeln sowie bestehende Ansätze zu reformieren. Aktuell ergeben sich für diese jungen Leute noch zahlreiche Probleme in der Qualität der Versorgung, wenn sie eigenständig leben möchten, denn die Versorgung umfasst entweder zu

wenig Pflegeanteil und zu wenig spezialisierte Behandlungspflege oder kaum bis keine berufliche Förderung und psychosoziale Betreuung. Erforderlich für diese jungen Menschen ist daher ein neues Konzept von Betreutem Wohnen, das individuell angepasste Pflege gleichberechtigt kombiniert mit (heil)pädagogischer Förderung und psychosozialer Betreuung, mit dem Ziel der Teilhabe und einer hohen, individuell ausgerichteten Lebensqualität. Der Fokus in der Betreuung liegt auf Abnabelung und einem selbstbestimmten Leben. Ziel ist die Förderung einer dem Alter und der sozialen Reife entsprechenden Selbstständigkeit und Selbstbestimmung.

Grundsätzlich sind auch für schwerkranke junge Erwachsene kleine Wohngruppen am Besten geeignet. Sie funktionieren auch inklusiv. Wichtig für die Finanzierung der Wohngruppen ist die juristische Vereinbarkeit von Leistungen der Pflege aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) V und XI, sowie des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und SGB IX und XII (Eingliederung). Alternativ kann seit der Reform des BTHG die Finanzierung auch über ein persönliches Budget erfolgen. Dies gewährt den jungen Menschen und ihren Familien deutlich mehr Autonomie, verlangt aber auch viel Eigenverantwortung und gestaltet sich oft schwierig durch den Fachkräftemangel.

Aus genannten Gründen existieren bisher nur handverlesene Wohnangebote für schwerkranke junge Erwachsene in ganz Deutschland und insgesamt besteht ein Defizit an geeigneten Angeboten für die Zielgruppe (ambulant-, teil- und vollstationär). Hier gilt es dringend zu handeln im Sinn der Gleichberechtigung!

Von hier aus kann's weitergehen

Christophorus-Gesellschaft bietet Obdachlosen und Ex-Häftlingen Betreutes Wohnen an

Im Oktober 2019 begann für Heinz G. ein neues Leben: Der heute 37-Jährige hatte endlich seine Haftzeit verbüßt. Nun wollte er noch einmal durchstarten. Besser. Ehrlicher. Gesetzestreu. Bei Werner Schühler, Leiter der Zentralen Beratungsstelle für Straffällige (ZBS) der ökumenischen Christophorus-Gesellschaft in Würzburg, fand der langjährige Kraftfahrer Hilfe. Bereits am Tag seiner Haftentlassung durfte Heinz G. ins ambulant Betreute Wohnen der Christophorus-Gesellschaft einziehen.

Von Pat Christ

Freie Journalistin

Um Männern wie Heinz G. zu helfen, hat die gemeinnützige Gesellschaft nahezu 30 Wohnungen in und um Würzburg angemietet. Ein Teil wird an Wohnungslose sowie an Menschen in unsicheren, von Obdachlosigkeit bedrohten, Lebenssituationen vermietet. Der andere Teil steht Haftentlassenen zur Verfügung. Wie intensiv jemand betreut wird, richtet sich nach dessen individuellem Bedarf. Manche Männer erhalten jede Woche Besuch von einem Mitarbeiter der Christophorus-Gesellschaft. In der Anfangszeit kann die Frequenz sogar etwas höher sein. Später ist sie oft geringer.

Weil Vermieter oft kein Pardon kennen, ist das Angebot des Betreuten Wohnen so wichtig: Menschen, die länger auf der Straße lebten oder schon mal im Gefängnis waren, werden als Mieter kaum akzeptiert. Auch Heinz G. stand nach zwei Jahren im Gefängnis ohne Job und ohne Wohnung da. Durch das Betreute Wohnen ging es bei ihm rasch aufwärts. Der junge Mann fand Arbeit. Und daraufhin auch bald eigene vier Wände. Werner Schühler hielt auch nach seinem Auszug den Kontakt zu ihm.

Was ein großes Glück war: Wegen des Todes seiner Eltern stürzte Heinz G. in eine schwere Depression. Die Nachbetreuung half ihm, nicht wieder völlig aus der Bahn zu geraten.

CHANCEN FÜR DIE CHANCENLOSEN

Auch Ansgar P. (Name geändert) hatte auf dem Mietmarkt zunächst keine Chance. Durch eine Verkettung unglücklicher Umstände war er in eine extrem schwierige Lebenslage geraten. Michael Thiergärtner, der bei der

Christophorus-Gesellschaft für Wohnungslose sowie für von Wohnungslosigkeit bedrohte Männer zuständig ist, eröffnete ihm im vergangenen Sommer die Möglichkeit, ins Betreute Wohnen einzuziehen. Ansgar P. gelang es bald danach, Arbeit zu finden. "Er wollte bis Ende des Jahres Geld ansparen und sich dann auf Wohnungssuche begeben", erzählt Michael Thiergärtner.

Man braucht Frustrationstoleranz, um im Betreuten Wohnen tätig sein zu können: Das zeigt der Fall Ansgar P. Der war zunächst ein "Vorzeigeklient", berichtet Michael Thiergärtner. Während sich andere Männer sehr schwer mit der Hausarbeit tun, war dessen Wohnung immer sauber gewesen. Ansgar P. fiel auch durch große Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit auf. Doch vor kurzen kam es überraschend zu einer Wende: Michael Thiergärtner erfuhr, dass sein Klient in U-Haft sitzt. Und das wahrscheinlich zu Recht, vermutet der Sozialarbeiter. Ansgar P. hatte die Wohnung plötzlich verlassen. Unaufgeräumt. Auch so etwas kommt vor.



Werner Schühler kümmert sich um Haftentlassene im Betreuten Wohnen der Christophorus-Gesellschaft in Würzburg.

"Was ich tat? Ich schlief halt."

Gemeinschaft Sant'Egidio holt zwei Heimbewohner in eine neu gegründete WG

Wer würde da nicht down sein. Wenn man immer nur im Zimmer ist. Tags. Nachts. Mutterseelenallein. Ohne Zuwendung. "Ich lag da und um mich herum starben sie wie die Fliegen", erzählt Bernhard Rohmann von seinen Erfahrungen in einem Pflegeheim während der Corona-Krise. Inzwischen ist der 72-Jährige "frei". Er lebt in einer kleinen Wohngemeinschaft (WG) der Gemeinschaft Sant'Egidio in Würzburg. Und ist endlich wieder glücklich.

Von Pat Christ

Freie Journalistin

2006 wurde in Deutschland eine bis heute kaum bekannte Charta veröffentlicht: In ihr sind die Rechte pflegebedürftiger Menschen festgeschrieben. In dieser kleinen Verfassung stehen viele tolle Dinge. "Sie haben das Recht, Ihren Alltag so zu gestalten, wie es Ihren Interessen und Fähigkeiten entspricht, und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben", heißt es da zum Beispiel. Bernhard Rohmann liest diesen Satz. Und lacht ein wenig bitter auf. "Dem einzigen Interesse, dem ich im Heim nachging, war, zu schlafen", sagt er. Zum Glück sind diese Zeiten vorbei. In seinem WG-Zimmer geht Rohmann seiner Passion nach, wann immer er darauf Lust hat: "Ich arbeite gern am Computer."

Es genügt nicht, einmal am Tag ein warmes Essen und nachts ein Bett zum Schlafen zu haben. Menschen sehnen sich nach mehr. Gerade auch im Alter. Davon berichtet Bernhard Rohmanns Mitbewohner Vijay Koch-Sharma. "Er lebte im Heim in einem Doppelzimmer", erzählt Ruth Krimmer-Reder von Sant'Egidio an Stelle des Seniors, der aufgrund eines Schlaganfalls nicht mehr sprechen kann. Schlimm war für Koch-Sharma. dass es während der Corona-Krise keine Gottesdienste mehr im Heim gab. Der aus Indien stammende Senior ist sehr religiös. Seit er in der WG lebt, kann er an jedem Abend zum Gebet von Sant'Egidio in die Würzburger Marienkapelle gehen.

Eine kleine Wohngemeinschaft ist bestens geeignet, die Charta der Rechte pflegebedürftiger Menschen mit Leben zu erfüllen - zumal in Zeiten des Pflegenotstands. Ruth Krimmer-Reder und ihre Mitstreiterin Brigitte Kern von Sant'Egidio sind sehr froh, dass sie vor einem Jahr den Mut gehabt hatten, die Senioren-WG zu eröffnen. Damit betraten sie Neuland: Solche Einrichtungen sind im Grund nicht vorgesehen. Die WG hat denn auch nicht den Status einer Pflegeeinrichtung. Was letztlich gut ist, sonst würde kräftig hineinreguliert. Es gibt auch keine angestellten Pflegekräfte. Nur eine Haushaltshilfe.

FREUNDE STATT KUNDEN

Das Ideal "Freundschaft" zieht sich als roter Faden durch die gesamte Arbeit von Sant'Egidio. Allein dies

erzeugt eine komplett andere Atmosphäre. Große Heimeinrichtungen bezeichnen diejenigen, die sich dort pflegen lassen, heute als "Kunden". Ein irritierender Begriff. Vijay Koch-Sharma und Bernhard Rohmann hingegen sind echte Freunde der Mitglieder von Sant'Egidio. Zu diesen Mitgliedern gehört auch Alphonse Karama. Der 43-Jährige stammt aus Ruanda. Nach Würzburg kam er, um zu promovieren. Auch Alphonse Karama lebt in der WG. Wo er sich. wenn er nicht an der Uni tätig ist, um seine Freunde Vijay Koch-Sharma und Bernhard Rohmann kümmert.

In einer WG können die Meinungen schon mal heftig aufeinanderprallen. Und so ist das auch in der Wohngemeinschaft von Sant'Egidio. Es kommt zwar selten vor. Aber selbstverständlich ist nicht immer alles eitel Sonnenschein. Das wäre unnatürlich. So unnatürlich war es im Heim. Da gab es kaum eine Gelegenheit, mal die eigene Meinung zu äußern. Da begegnete man überhaupt nur wenigen Menschen, erzählt Bernhard Rohmann. Der 72-Jährige war fast immer allein in seinem Zimmer. Die Bewohner um ihn herum waren zu krank, als dass man mit



Wegen eines Schlaganfalls kann Vijay Koch-Sharma nicht mehr sprechen. Ruth Krimmer-Reder von Sant'Egidio hat gelernt, sich dennoch mit ihm zu verständigen.



Eine eingeschworene Truppe (hinten von links): Brigitte Kern, Ruth Krimmer-Reder, Alphonse Karama, Bernhard Rohmann und Vijay Koch-Sharma.

ihnen hätte reden, geschweige denn diskutieren können.

Für die meisten älteren Menschen ist es schlimm, die gewohnte Umgebung zu verlassen und in ein Heim zu ziehen. Denn das heißt zwangsläufig, sich in den Rhythmus einer fremden Struktur einzufügen. Man kann nicht mehr so lange schlafen, wie man möchte. Muss anders essen. Hierzulande führt bei schwererer Pflegebedürftigkeit daran jedoch fast kein Weg vorbei. In seiner Heimat, erzählt Alphonse Karama, kennt man das nicht: "Es gibt bei uns keine Altenheime." Sind ältere Leute auf Hilfe angewiesen, ziehen sie zu ihren Kindern. Wo sie die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Wobei sie ansonsten ihr gewohntes Leben weiterführen. Eingebettet in eine Gemeinschaft.

NOCH NICHT GEFÖRDERT

Ruth Krimmer-Reder und Brigitte Kern von Sant'Egidio sind mit etwa 300 Männern und Frauen in Kontakt, die in einem Heim leben. Am liebsten würden die beiden Würzburgerinnen alle diese Senioren, die ihnen ans Herz gewachsen sind, aus der jeweiligen Einrichtung herausholen. Aber das geht natürlich nicht. "Mit

unserer WG ist ein Anfang gemacht", sagt Brigitte Kern. Der soll anderen Organisationen Mut machen, ebenfalls kleine Wohngemeinschaften zu gründen. Wobei es im Moment noch eine ungelöste Frage gibt: Wer zahlt für die Zugehfrau, die vier Stunden am Tag kommt? Ein Jahr nach der WG-Gründung gibt es noch immer keine Fördermittelzusage vom Bezirk.

Hierin liegt das Hauptproblem für Akteure, die sich über Alternativen zu Alten- und Pflegeheimen Gedanken machen: Kleine WGs für Pflegebedürftige sind in der Förderstruktur nicht vorgesehen. Gefördert wird ambulante Pflege zu Hause. Oder es fließen Gelder in die Versorgung im Heim. Dass dies so ist, wirkt sich wiederum auf die Senioren aus, stellte Brigitte Kern fest: "Die wenigsten Heimbewohner äußern den Wunsch, anders leben zu wollen." Das verwundert allerdings nur auf den ersten Blick: Wie kann man sich etwas wünschen, was es nicht gibt! Bisher gab es zumindest in der Altenpflege nichts, was der WG von Sant'Egidio ähneln würde. Das gibt es allenfalls für Menschen mit Handicap. In der Behindertenarbeit sind kleine Wohngruppen seit Jahren schon etabliert. Auf welche Weise kann man es erreichen, dass Menschen im Alter eigenständig, selbstbestimmt und würdevoll leben können? Auf so vielen Tagungen und bei so vielen Vorträgen wurde diese Frage schon erörtert - ohne dass bisher etwas Wesentliches geschehen wäre. Im Grund ist die Antwort einfach. Sant'Egidio in Würzburg hat sie gegeben. Nach einem Jahr ist deutlich: Die Sache funktioniert. Obwohl Bernhard Rohmann und Vijay Koch-Sharma schwer krank sind, kommen sie in der WG wunderbar zurecht. Natürlich müssen sie etwas aktiver sein als im Heim. Wo ihnen alles abgenommen wurde. Doch genau dies hält die beiden fit.

Klar ist, dass heute oft nicht mehr innerhalb der Familie gepflegt werden kann. Kinder pflegebedürftiger Eltern leben hierzulande nun einmal völlig anders als in Ruanda. Die allermeisten müssen - oder wollen auch - einem Beruf nachgehen, der eine Pflege Zuhause nicht möglich macht. Von daher führt kein Weg daran vorbei, Externe in die Pflege einzubinden. Das ist auch dann nicht schlimm, wenn die Selbstbestimmung gewahrt bleibt. Und wenn die alten Menschen weiterhin als Persönlichkeiten wahrgenommen werden. In der WG von Sant'Egidio geschieht eben dies.

Kirche zu verkaufen?

In den Diözesen wird über die Umnutzung leerstehender Immobilien nachgedacht

Der finanzielle Spielraum verengt sich für die Kirche zusehends. Die Mitgliederzahlen brechen ein. Das pastorale Personal schrumpft. Diese Situation wirkt sich in vielerlei Hinsicht aus. Nicht zuletzt auf kirchliche Immobilien. Einige Kirchen, Kapellen, Pfarrhöfe und Pfarrheime sind kaum noch frequentiert. Schon vor Jahren wurde deshalb damit begonnen, besonders unrentable Liegenschaften umzunutzen. Aller Voraussicht nach wird das in Zukunft noch viel häufiger geschehen.



Ein Beispiel für eine lange zurückliegende Profanierung: Die 1498 von Fürstbischof Lorenz von Bibra geweihte Hofkirche "Spitäle", die im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde, dient Künstlern aus Unterfranken seit vielen Jahren als Ausstellungsort.

Von Pat Christ

Freie Journalistin

Dabei bleibt es eine umstrittene Frage, was mit leerstehenden Kirchengebäuden geschehen darf. Und was tabu sein soll. "Wir möchten weniger genutzte Liegenschaften einer Nutzung überführen, die im kirchlichen Sinn ist", betont Nicolas Schnall von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Bistum Augsburg. Bereits vor mehr als zehn Jahren wurden in der Diözese zwei Kirchen profaniert. Die ehemalige Kapuzinerkirche in Dillingen dient jetzt der dortigen Akademie für Lehrerfortbildung als Vortragssaal. Die Hofkirche in Günzburg wird für geistliche Konzerte genutzt.

Beide Gebäude befanden sich allerdings bereits seit der Säkularisierung im Staatsbesitz.

Bei kirchlichen Gebäuden handelt es sich sehr oft um werthaltige Immobilien. Eben aus diesem Grund steigt die Nachfrage auf dem Immobilienmarkt, sagt Martin Gothier. Der Münchner Immobilienmakler hat sich auf den Verkauf von Baudenkmälern spezialisiert. Er selbst brennt für geschichtsträchtige Gebäude vor allem auch für solche, die einst in Kirchenhand waren: "Oft haben diese Bauwerke eine sehr bewegte Vergangenheit." Zu den Käufern historischer Pfarrhöfe zählen zum Beispiel Ärzte, die Naturheilverfahren anbieten. Die meisten interessieren sich

laut Gothier ausdrücklich für die – meist gut dokumentierte – Geschichte einst kirchlicher Immobilien.

Nachdem die Kirche wohl noch nicht die Talsohle durchschritten hat, werden Martin Gothiers Kunden in den kommenden Jahren gewiss reichlich mit Kaufangeboten bedacht werden. Gerade bei Pfarrhäusern, die nicht mehr tadellos in Schuss sind. muss bei mangelhafter Nutzung über eine anderweitige Verwendung nachgedacht werden, bestätigt Nicolas Schnall. Ist eine Instandsetzung nicht mehr zu rechtfertigen, würden die Objekte an Dritte veräußert oder im Erbbaurecht abgegeben. Laut dem Pressesprecher zählen sowohl Einzelpersonen als auch Familien, Gewerbetreibende und Kommunen zu den Kaufinteressenten von Pfarrhäusern und Pfarrhöfen.

VERKAUF ODER VERMIETUNG?

Im Augenblick beabsichtigt die Diözese Augsburg, zirka 30 kirchliche Gebäude im Bistum abzugeben. Wobei es durchaus Alternativen zur Veräußerung gibt. So werden zu gering ausgelastete Pfarrzentren teilweise auch vermietet. In Augsburg nutzen zum Beispiel der Caritasverband, die Katholische Jugendfürsorge (KJF) sowie die Schwangerenberatungsstellen des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) Pfarrzentren mit. Auch psychologische Beratungsstellen für Ehe-, Familien- und Lebensfragen sowie die Ökumenische Telefonseelsorge sind zum Teil in Räumen von Pfarrheimen untergebracht.

Nun ist es noch vergleichsweise einfach, einen Schlussstrich unter die Nutzung eines Pfarrheims zu ziehen. Doch was soll mit nicht mehr ausreichend ausgelasteten Gotteshäusern geschehen? Dies betrifft Kirchen, in die zwar nach wie vor Menschen zum Beten und Feiern von Gottesdiensten kommen. Allerdings sind die Bänke niemals auch nur zur Hälfte gefüllt.

In diesen Fällen kann die Kirche teilprofaniert werden, so Nicolas Schnall. In das Hauptschiff der Kirche St. Joseph in Augsburg-Oberhausen wurde zum Beispiel das Magazin des Bistumsarchivs eingebaut. Der frühere Altarraum der Kirche wurde baulich umgestaltet. Bis heute dient er als Kirchenraum.

Die Umnutzung kirchlicher Gebäude rührt so manchen Katholiken im Innersten auf. Ist sie doch ein sichtbares Zeichen dafür, dass es immer weiter abwärts geht. In der Diözese Augsburg allerdings sieht man durchaus auch Positives in der aktuellen Entwicklung. Indem zum Beispiel christliche Dienste in Pfarrheime einziehen, könnten kirchliche Leistungen mit kurzen Wegen angeboten werden. Dies betrifft laut Nicolas Schnall auch die Cityseelsorge Memmingen, die in einem ehemaligen Augustinerkloster untergebracht



Pfarrhäuser und Pfarrhöfe - hier ein ehemaliger Pfarrhof im unterfränkischen Burggrumbach - haben oft eine bewegte Vergangenheit hinter sich.

ist: "Neben der Notwendigkeit der Reduktion ergibt sich vielfach die Chance der Verdichtung kirchlicher Leistungen."

TAGUNGSHÄUSER SCHLIESSEN

Das Bistum Würzburg will in der Rhön zwei kirchliche Tagungshäuser schließen, außerdem wird der Betrieb eines Tagungshauses im Landkreis Main Spessart eingestellt. Hier hatte es im Vorfeld massive Proteste gegeben, vor allem seitens der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung

Diese prangert an, dass die Bildungseinrichtungen nicht mangels Auslastung, sondern vor allem aus Spargründen abgestoßen werden.

Für zwei der Häuser konnten bislang noch keine neuen Träger gefunden werden. Über den künftigen Betrieb des Hauses "Thüringer Hütte" im Landkreis Rhön-Grabfeld wird gerade verhandelt.

Auch im Bistum Passau beschäftigt man sich mit dem Problem Kirchenimmobilien. leerstehender Profanierungen kommen laut der Pressestelle vereinzelt vor. seien aber insgesamt noch "kein großes Thema". "Eine profanierte Kirche in Burghausen wird unter Beachtung der Würde des Raums sowie der früheren Bestimmung für Ausstellungen genutzt", so eine Pressesprecherin. Eine bereits seit mehreren Jahren profanierte Seminarkirche sei zwischenzeitlich für die Nutzung durch das Bischöfliche Ordinariat in Büros umgebaut worden: "Dabei wurde eine kleine Kapelle integriert."

Bayernweit steigt die Quote der profanierten Gotteshäuser nur sehr langsam. Doch es kommt immer wieder vor, dass Kirchen oder Kapellen aufgegeben werden müssen. Ein weiteres Beispiel ist das Passauer Maierhofspital. Das aus dem 11. Jahrhundert stammende Gebäude wurde zwischen 1905 und 1985 als Spital genutzt. Gläubigen Kranken stand eine Hauskirche zur Verfügung. "Im Oktober 2016 wurde die Kirche im Rahmen eines Gottesdienstes profaniert", heißt es von der Pressestelle des Passauer Bistums. Dabei wurden die Reliquien aus dem Altar entnommen, der Tabernakel wurde geleert. Heute werden die Räume von einem Klinikum genutzt.

ST. KOLOMAN IN LENZING

Interessant ist auch die Chronik des barocken Kirchleins St. Koloman in Lenzing im Landkreis Straubing-Bogen. Um 1500 wurde die Kapelle erstmals erwähnt. Das Kloster Oberalteich erneuerte sie 1761. Vor fünf Jahren fiel die katholische Filialkirche an den Freistaat. Der Staatsbetrieb "Immobilien Freistaat Bavern" suchte daraufhin nach einem Kaufinteressenten. "Im August 2019 wurde die Kapelle veräußert", berichtet Geschäftsführer Dieter Knauer. Wie der Käufer die Kapelle derzeit verwendet, sei unbekannt: "Die Nutzung zu gottesdienstlichen Zwecken ist jedoch dinglich gesichert."



Familien fordern vor dem Würzburger Dom den Erhalt der diözesanen Bildungshäuser.

Die Profanierung von Kirchen ist letztlich nichts, was alle paar Wochen vorkäme. "Bei uns im Bistum Eichstätt gab es das bisher noch gar nicht", sagt Pressesprecherin Regina Greck. Im Rahmen eines von der Diözese initiierten Strategieprozesses sollen allerdings auch hier Immobilienkonzepte für alle Pastoralräume erarbeitet werden: "In diesem Zuge werden Fragen bezüglich der Gebäude perspektivisch diskutiert."

Kommunen, die einen Draht zur örtlichen Kirche haben, schauen, dass sie in die aktuellen Umstrukturierungsprozesse integriert sind. So ist das zum Beispiel in Aschaffenburg. "Bei einem Gebäude und einem Grundstück der katholischen Kirche haben wir jüngst das Vorkaufsrecht verlangt, nicht, um selbst zu kaufen, aber um die weitere Entwicklung beeinflussen zu können", so Oberbürgermeister Jürgen Herzing. Auf diesem Grundstück entstünden nun ein Pflegeheim, Wohnungen in erster Linie für Senioren, eine Kita sowie Wohnungen für das Pflegepersonal des Klinikums.



Oberbürgermeister Jürgen Herzing, hier vor der historischen Kulisse der Aschaffenburger Stiftskirche, engagiert sich für eine sozial positiv wirksame Nutzung aufgegebener Kirchenimmobilien.

St. Klara – gemeinsam mittendrin!

Das Wohn- und Sozialprojekt St. Klara der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e. V. (KJF) im UNESCO Welterbe der Regensburger Altstadt zeigt, wie eine Kommune gemeinsam mit einem sozialen Träger und einem privaten Investor nachhaltig Sozialraum gestalten sowie bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für alle schaffen kann.



In der Galerie von St. Klara finden regelmäßig inklusive Ausstellungen und andere Kulturveranstaltungen statt (Archivbild aus Vor-Corona-Zeiten).

Von Michael Eibl

Direktor der Katholischen Jugendfürsorge (KJF) der Diözese Regensburg e. V.

Seit 2015 wohnen und leben im Gebäudekomplex, in 38 Wohneinheiten, des ehemaligen Klarissenklosters St. Klara Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund sowie junge Mütter mit ihren Kindern in einer schwierigen Lebenssituation. Auch die Erziehungsberatungsstelle der KJF und die Galerie St. Klara, die wir für inklusive Ausstellungen nutzen, befinden sich dort. St. Klara ist ein Ort der Begegnung und des Miteinanders – ein Ort mitten in der Stadt, an dem Inklusion ganz selbstverständlich gelebt wird.

Die Stadt Regensburg, seit 1968 Eigentümerin der ehemaligen Klosteranlage St. Klara, hatte diese 2010 zum Verkauf angeboten und daran die Bedingung einer sozialen Nutzung geknüpft. Damit wurde das angebotene Objekt uninteressant für den spekulativen Markt und Großinves-

toren. Die Regensburger Unternehmensgruppe Peter Trepnau erhielt den Zuschlag und ging in intensive Verhandlungen mit uns, um das soziale Nutzungskonzept zu entwickeln und umzusetzen. Heute ist die KJF Eigentümerin des gesamten Areals. Die Stadt Regensburg hatte dies mit einem günstigen Grundstückspreis befördert und so der KJF ermöglicht als Sozialpartner mit einzusteigen. Wir haben etwa 12 Millionen Euro in dieses zukunftsweisende Wohn- und Sozialprojekt investiert.

TEILHABE, VIELFALT UND SOZIALER FRIEDE

Bezahlbare und barrierefreie Wohnungen sind die Voraussetzung dafür, dass in der Regensburger Innenstadt Sozialraum inklusiv gestaltet werden kann. Wir sehen uns in der Mitverantwortung, allen Menschen ein gleichberechtigtes Leben in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Und dazu gehört das Leben und Wohnen mitten in und nicht am Rande der Stadt. Dass sich dies

auch junge Familien, einkommensschwache und sozial benachteiligte Menschen leisten können, muss uns für die Zukunft unserer Städte am Herzen liegen. Es geht um Teilhabe, Vielfalt und ein friedliches Miteinander. In Städten, in denen wirtschaftlich Privilegierte in den Innenstädten wohnen und leben, sozial und benachteiligte Gruppen aber am Stadtrand, drohen soziale Brennpunkte zu entstehen.

Eine zukunftsfähige Stadt ist für mich eine Stadt, in der wir Inklusion leben und niemanden an den Rand drängen. In dieser Stadt überlassen wir es nicht Großinvestoren und der Marktdynamik diese zu gestalten, sondern packen selbst mit an. Leuchtturmprojekte wie St. Klara zeigen das. Zusammenhalt, Respekt und Toleranz sind in dieser Stadt zuhause. Die KJF baut gerne mit an dieser Stadt der Zukunft. Es zeichnet eine Stadtgesellschaft aus, wenn sich die politisch Verantwortlichen an der Spitze der Stadt, gemeinsam mit freien Trägern der Wohlfahrtspflege oder selbst organisierten bürgerschaftlichen Gruppen und mit privaten Investoren auf den Weg machen, und bezahlbaren, inklusiven Wohnraum schaffen.



Im ehemaligen Klarissenkloster St. Klara in Regensburg wurden 38 Wohnungen für Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen mit Migrationshintergrund sowie junge Mütter mit ihren Kindern in einer schwierigen Lebenssituation geschaffen.

FOTO: KJ



Bezahlbares Bauland dringend gesucht

Klemens Deinzer

Von Klemens Deinzer

Vorstand Joseph-Stiftung der Erzdiözese Bamberg

"Mieter wie Käufer können sich München kaum noch leisten. 75 m² groß, zehn Jahre alt: eine Münchner Wohnung wie diese kostet im Schnitt mittlerweile 1.245 Euro Kaltmiete pro Monat." - stand kürzlich im Münchner Merkur. Und in der Laber Zeitung hieß es: "Immer mehr Münchner beantragen eine Sozialwohnung. Für einen Teil der Empfänger von Hartz IV wird es härter, sich das Leben in Bayern leisten zu können. Der Grund: der Boom auf dem Immobilienmarkt hat auch die Mieten im Freistaat kräftig nach oben getrieben." Aber nicht nur in München, sondern auch in anderen Städten Bayerns wächst die Not auf dem Wohnungsmarkt und die Kluft wird größer. So wissen wir beispielsweise von Wiederverkäufen von vor etwa acht Jahren neu erstellten Reihenhäusern in Nordbayern, die ihren Wert mehr als verdoppelt und inzwischen die Eine-Million-Euro-Grenze überschritten haben. Für eine Familie mit einem durchschnittlichen Einkommen ist so etwas unbezahlbar.

Der Wohnungsmangel insgesamt nimmt inzwischen in vielen kleinen und mittleren Städten zu. Hier entwickelt sich ein sozialer Sprengstoff mit weitreichenden Folgen für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Wenn junge Familien keine adäquate Wohnung mehr finden, wenn Menschen mit einer niedrigen Rente ihre Miete nicht mehr bezahlen können, dann sind soziale Spannungen unausweichlich.

Es fehlt vor allem an günstigem Bauland. Hier sind der Freistaat und die Kommunen gefragt, aber auch die Pfarrgemeinden können einen Beitrag leisten. Im April 1947 erklärte die Bayerische Bischofskonferenz: "Jeder Mensch hat ein natürliches und göttliches Recht auf die zur Erhaltung seines

Lebens notwendige Nahrung, Kleidung und Wohnung. An diesem Recht dürfen kein Mensch und keine Macht rütteln. Niemand darf dem Menschen das nehmen oder vorenthalten, was er zum Leben unbedingt braucht."

Diese Worte sind heute wieder sehr aktuell. Wir brauchen eine gemeinsame Anstrengung, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. So sind auch die Pfarrgemeinden gefordert, sofern Bedarf besteht und Bauland vorhanden ist, die Wohnungsnot zu verringern. Die Joseph-Stiftung wie auch die anderen kirchlichen Wohnungsgesellschaften in Bayern sehen das als ihren zentralen Auftrag. Mehr als 60 Prozent unseres Wohnungsbestandes ist öffentlich geförderter Wohnraum und damit bezahlbar auch für niedrigere Einkommensgruppen. Bei einem Objekt, das kürzlich neu bezogen wurde, haben wir Kaltmieten ab 5,70 Euro pro Quadratmeter. Als Stiftung beraten wir gerne auch die Pfarrgemeinden in unserem Einzugsbereich bei diesem Thema.

In einem Forschungsprojekt mit der Hochschule Coburg konnten wir feststellen, dass der öffentlich geförderte Wohnungsbau über das reine Wohnen hinaus noch weitere gesellschaftliche Mehrwerte generiert. So zeigt sich beispielsweise, dass Menschen in einer angemessenen Wohnsituation gesünder bleiben. Mieter verfügen in solchen Wohnungen auch über mehr Geld und können damit stärker am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Auch Kinder profitieren davon. Nicht zuletzt integriert wohnen. Aus unseren Erfahrungen wissen wir: Wo öffentlich geförderte und frei finanzierte Mietwohnungen, aber auch Eigentumswohnungen entstehen und gegebenenfalls auch in einem Quartiers- beziehungsweise Nachbarschaftskonzept verbunden werden, dort entstehen lebendige und sozial ausgewogene Quartiere mit Menschen unterschiedlicher Lebensformen und Milieus.

75 Jahre Ackermann-Gemeinde

Würdiges Jubiläum auf dem Prager Vysehrad

Stolz und erhaben thront die Basilika Sankt Peter und Paul auf dem Prager Vysehrad-Hügel, steil über dem rechten Ufer der Moldau. Auf eben diesem Vysehrad feierte die Ackermann-Gemeinde unter dem Motto "Dialog-Kultur-Begegnung" Anfang August 2021 ihren 75. Geburtstag. Die Ackermann-Gemeinde widmet sich seit 1946 der Aussöhnung zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken.



Freuten sich über den Zuspruch zum Jubiläum: Daniel Herman, Vorsitzender der Sdruzeni Ackermann-Gemeinde Prag, Jakub Kulhánek, tschechischer Außenminister, und Martin Kastler, Bundesvorsitzender der Ackermann-Gemeinde (von links)

Von Thilo Wunschel

Freier Journalist

Eingeleitet wird der festliche Tag durch einen deutsch-tschechischen Gottesdienst in der Basilika. Für den Hauptzelebranten Tomas Holub, Bischof von Pilsen/Plzen, bedeutet die morgendliche Messe ein Wiedersehen nach Monaten der coronabedingten Trennung. Nach dem Segen eilt der Bischof sogleich in die benachbarte Alte Burggrafschaft, um sich der Diskussion "Christen in Deutschland und Tschechien -Worte oder Taten?" zu stellen. Mit auf dem Podium sitzt Stefan Vesper, ehemaliger Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK).

Aufgrund der Kirchensteuer hat man laut Vesper viele Möglichkeiten

in Deutschland, will sich aber nicht arrogant über andere stellen. Eher mit Bescheidenheit an die Sache rangehen. Er spricht vom Synodalen Weg, den man aufgrund der vielen Missbrauchsfälle von Priestern und Laien hätte einschlagen müssen. Wie kann so etwas in Zukunft verhindert werden, dieser Punkt sei ihm ganz wichtig. Auch müsse die Sexualmoral weiter beraten und entwickelt werden. Vielen jungen Leuten sage dies heute nichts mehr. Auch das Thema "Frauen in der Kirche" sei ihm sehr wichtig. Diese Themen sind nach den Worten von Bischof Holub in Tschechien ähnlich, aber noch nicht so dringlich.

Was den Synodalen Weg angeht, so sei das von Kontinent zu Kontinent unterschiedlich zu bewerten. Letztlich zählt in dieser Sache für Holub die Einschätzung von Papst Franziskus. Einzige Frau auf dem Podium ist die Äbtissin Francesca Simuniová OSB von der Abtei Venio München/ Prag. Gefragt nach den Erfahrungen mit den Kirchen in Deutschland und Tschechien nehme sie Unterschiede wahr, mag aber keine Vergleiche in gut und schlecht. Deutschland sei aber schon viel weiter als Tschechien im Hinblick, Dinge zu hinterfragen. Eine offene Diskussionskultur müsse in Tschechien noch gelernt werden. Da sei noch viel Raum, so die Äbtissin.

Nach so viel geistiger Nahrung folgt mit dem Picknick eine kulinarische Abwechslung. Viele haben es sich mit einer Decke unter schattigen Bäumen bequem gemacht und genießen das schöne Wetter, aber auch die Möglichkeit, sich nach so langer Zeit endlich wieder austauschen zu können.

Auf einer Wiese mit dem angeblich besten Blick auf Prag und die Basilika sind anlässlich des Jubiläums der Ackermann-Gemeinde zahlreiche Zelte aufgebaut. Hier gibt es Mitmachaktionen, Lesungen, ein Kinderzelt, eine lebendige Bibliothek mit spannenden Vorträgen. Da berichtet zum Beispiel der Pfarrer Michael Martinek im Gotteszelt über seinen Werdegang vom Salesianer zum Gefängnisseelsorger. Im Zeitzeugenzelt kommt mit Jiri Pitin ein Überlebender des Massakers von Lidice zu Wort. Tags zuvor gab es ein Happening auf der Moldau, bei dem es der Ackermann-Gemeinde gelingt, 27 Boote, versehen mit den Fahnen der 27 EU-Mitgliedsländer, auf die Moldau zu bringen. Der tschechische Außenminister Jakub Kulhánek hatte dagegen gewettet und verliert die Wette, bei der es um ein Fass Bier ging. Er sagt dazu: "Ich habe verloren, und ich habe gerne verloren". Klarer Sieger ist am Ende Europa, und das vor der märchenhaften Kulisse der Prager Karlsbrücke. Einer historischen Brücke im Herzen Europas!



Boote auf der Moldau vor der prächtigen Kulisse der Prager Burg mit Veitsdom zeigen Flagge für Europa.

TOS: THILO WUNSCHEL

Mehr Mensch, weniger Markt



Aufgrund der Corona-Pandemie hat die Herbstvollversammlung des Landeskomitees im November 2021 erneut in digitaler Form stattfinden müssen. Unter dem Titel "Gesundheit braucht mehr Mensch und weniger Markt" haben sich die katholischen Laien mit der Zukunft unseres Gesundheitssystems befasst.

In einer umfangreichen Stellungnahme zum Thema betont das Landeskomitee die Bedeutung eines gerechten, leistungsfähigen und transparenten Gesundheitssystems. Zuletzt habe die Corona-Pandemie den "Wert eines funktionierenden Gesundheitswesens" gezeigt, das den Menschen "nicht nur den Zugang zur Gesundheitsversorgung garantiert, sondern auch den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung mit den Ansprüchen und Freiheitsrechten jedes Menschen in Einklang bringt", stellen die Mitglieder in einer Erklärung fest. Vor diesem Hintergrund gehen sie "über das biomedizinische Verständnis von Gesundheit hinaus" und greifen "wesentliche Aspekte eines umfassenden Gesundheitswesens nach den Prinzipien der katholischen Soziallehre auf", um zu verdeutlichen: "Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit."

Zur Struktur des Gesundheitswesens werfen die Laien Kernfragen auf: "Wie lässt sich sicherstellen, dass alle Bevölkerungs- und Altersgruppen sowie alle Einkommensschichten weiterhin und umfassend gesundheitsbezogene Leistungen in Anspruch nehmen können? Wie kann eine älter werdende Bevölkerung in den Strukturen der Pflege- und Gesundheitsversorgung in Stadt und Land

besser berücksichtigt werden? Wie kann auch in Zukunft eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung sichergestellt werden?" Es müsse gesichert sein, "dass Krankenhäuser und Arztpraxen strukturell in die Lage versetzt werden, eine allgemeine und akute medizinische Versorgung der Bevölkerung wohnortnah zu gewährleisten". Bei den Arzt-, Pflege-, Rettungsund Entbindungsdiensten brauche es, so die Laien, zudem eine bessere Vereinbarkeit der Dienstzeiten mit den persönlichen und familiären Belangen. "Gerade diese Dienste sollten vorbildlich sein, wenn es darum geht, die eigene Lebensführung im Sinn einer guten Work-Life-Balance an gesundheitlich förderlichen Kriterien auszurichten."

KLARE PERSPEKTIVEN

Der Vorsitzende des Landeskomitees, Joachim Unterländer, forderte eine "klare Perspektive" für alle Mitarbeitenden in medizinischen und pflegenden Berufen, etwa mit entsprechenden "Corona-Prämien ohne großen bürokratischen Aufwand". Zwar sei man trotz einiger Probleme bislang verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen, dennoch bleibe "die Situation der Mitarbeitenden in allen Gesundheitsbereichen mehr als verbesserungsbedürftig".

Im Rahmen des Studienteils sprach der Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU), Ulrich Hemel, über ökonomische Aspekte des Gesundheitswesens. Er kritisierte, dass "das Misstrauen zwischen den Beteiligten im Gesundheitswesen" in den vergangenen Jahren "zu ausufernder Kontrolle, zu erhöhten Bürokratiekosten sowie zur tendenziellen Entmündigung von Ärztinnen und Ärzten, Patientinnen und Patienten" geführt habe. Das Schlagwort vom "Mensch im Mittelpunkt" ist nach Ansicht von Bayerns Staatsminister für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, der die politische Perspektive vertrat, im Gesundheitsbereich in der vergangenen Zeit zu wenig mit Leben gefüllt worden. Stattdessen sei die Frage nach den Finanzen im Vordergrund gestanden: "Der marktwirtschaftliche Aspekt kann aber nicht der Maßstab sein". vielmehr müssten "die menschlichen Bedürfnisse die Leitplanken" bilden. Zu einem "Gesundheitswesen mit Weitblick" äußerte sich die Vorsitzende des Katholischen Pflegeverbandes in Bayern, Elisabeth Linseisen. Sie stellte die Ergebnisse des Reformprojekts "Neustart" für das Gesundheitswesen vor. das unter anderem eine stärkere "Gemeinwohlorientierung statt Gewinnorientierung" fordert, die Einrichtung multiprofessioneller regionaler sowie leicht zugänglicher Gesundheitszentren vorsieht und auf mehr Bildung im Bereich Gesundheit setzt. (hs/ck)

Mehr zur Vollversammlung des Landeskomitees lesen Sie unter www.landeskomitee.de.

ÖRK tagt erstmals in Deutschland

Mit der Welt im Gespräch

Die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) wird vom 31. August bis 8. September 2022 in Karlsruhe stattfinden und unter dem Thema "Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt" stehen. Bis Delegierte aus aller Welt sich in Karlsruhe versammeln, haben die Organisatoren alle Hände voll zu tun. Gemeinde creativ hat mit Verena Hammes, Geschäftsführerin der ACK Deutschland, und Pfarrer Marc Witzenbacher, Leiter des Koordinierungsbüros für die Vollversammlung in Karlsruhe, gesprochen:



Gemeinde creativ: Im September tagt der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) in Karlsruhe – das klingt nach einer richtigen großen Sache?

Marc Witzenbacher (MW): Es ist die elfte Vollversammlung, davon waren erst zwei in Europa: 1948 die Gründungsversammlung in Amsterdam, 1968 in Uppsala (Schweden). Nun tagt der ÖRK erstmals in Deutschland. Etwa 5.000 internationale Gäste aus 349 Mitgliedskirchen in 110 Ländern werden erwartet. Die Vollversammlung wird grenzübergreifend mit Kirchen in Frankreich und der Schweiz vorbereitet, auch das gibt es zum ersten Mal.

Viele haben vermutlich noch nichts vom ÖRK gehört – wer steht dahinter und welche Relevanz haben seine Entscheidungen zum Beispiel für die Gläubigen vor Ort?

MW: Der ÖRK ist die größte ökumenische Organisation weltweit und repräsentiert mehr als 560 Millionen Christinnen und Christen in 350 Mitgliedskirchen. Die römischkatholische Kirche ist kein Mitglied,

sie hat mehr als doppelt so viele Mitglieder, aber sie arbeitet intensiv mit dem ÖRK zusammen. Der ÖRK hat viele wichtige Prozesse angestoßen, beispielsweise den "Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" oder den "Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens".

Verena Hammes (VH): Die ACK ist – sehr vereinfachend gesagt – der ÖRK auf Deutschlandebene. Wir pflegen enge Kontakte zum ÖRK und nehmen seine Themen und Anstöße auf, bereiten sie für die Arbeit in Gemeinden auf oder führen sie weiter. Es bleibt aber eine beständige Herausforderung, die teilweise komplexen internationalen Prozesse und Entscheidungen anschlussfähig zu machen.

Worum wird es in Karlsruhe konkret gehen?

VH: Im Vorfeld der Vollversammlung wurden sogenannte Megatrends identifiziert, die Kirche und Gesellschaft bewegen. Dazu gehört die Corona-Pandemie, aber auch die

Hoffnung auf Frieden und Gerechtigkeit oder der Rassismus. Neben diesen inhaltlichen Themen stehen aber auch Bibelarbeiten und Geschäftsabsprachen auf der Tagesordnung. Alles unter dem Motto: "Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt". **MW:** Die gastgebenden Kirchen bereiten ein Begegnungsprogramm vor, das die Themen der Vollversammlung und der Arbeit des ÖRK aufgreift und die Möglichkeit bietet,

Gibt es Wege, in Karlsruhe mit dabei zu sein oder sich im Vorfeld einzubringen?

mit den Gästen aus aller Welt ins Ge-

spräch zu kommen und voneinander

zu lernen.

MW: Seit November ist es möglich, sich über die Website des ÖRK anzumelden, allerdings ist der Platz begrenzt. An fast allen Veranstaltungen, auch dem Begegnungsprogramm, kann man online teilnehmen. Die Vollversammlung kann in der Gemeinde schon jetzt eine Rolle spielen, in Bibelarbeiten, Predigtreihen, ökumenischen Begegnungen etc. Dazu



gibt es auch Material auf der Website des ÖRK.

VH: Die ACK bereitet auf unterschiedlichen Ebenen eine Mitwirkung vor. Eine innovative Art, sich mit der Idee des "Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens" auseinanderzusetzen, den die letzte Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan angestoßen hat, bietet die Pilgerwegapp der ACK, die in den gängigen Stores heruntergeladen werden kann. Eine Präsenz der ACK, um die Vielfalt der Christen in Deutschland zu zeigen, ist während der Tage der Vollversammlung ebenfalls geplant.

Das Motto der Vollversammlung lautet "Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt" – warum hat man gerade diesen Leitspruch gewählt?

VH: Seit vielen Jahren erarbeitet der ÖRK mit dem Einheitsrat des Vatikan die Texte zur Gebetswoche für die Einheit der Christen. Im Jahr 2017 kamen die Texte aus Anlass des Reformationsgedenkens aus Deutschland und hatten das Motto: "Versöhnung – die Liebe Christi drängt uns" (2 Kor 5,14-20). Sicherlich auch inspiriert davon wurde dieses christologisch zentrierte Motto mit den wichtigen Begriffen der Versöhnung und der Einheit gewählt.

MH: Erstmals taucht das Wort *Liebe* in einem Motto einer Vollversammlung auf. Mit den Stichworten *Einheit* und *Versöhnung* geht es darum, die Einheit der ganzen Menschheit und der Gesellschaft zu stärken und zu fragen, welche Rolle die Kirchen dabei spielen müssen.

2021 der ÖKT, 2022 die Versammlung des ÖRK und 2023 der evangelische Kirchentag in Nürnberg – ökumenisch ist in Deutschland gerade allerhand geboten. Klingt so, als hätte die Ökumene momentan einen hohen Stellenwert?

VH: Und nicht zu vergessen, im Jahr 2022 auch der Katholikentag in Stuttgart! Nun, ich würde sagen, es gibt gerade erfreulich viele Anlässe, um das Miteinander der Christen zu erleben und zu feiern. Deshalb hat die ACK die Jahre 2021 und 2022 auch zum "Jahr der Ökumene" erklärt, um die stattfindenden Ereignisse zu betonen.

Wie lässt sich dieser Schwung mitnehmen und in auch die Gemeinden tragen? **MW:** Wenn die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe dazu beiträgt, die Vielfalt der Konfessionen und des ökumenischen Miteinanders, das es schon hier in Deutschland gibt, besser wahrzunehmen und mit Leben zu füllen, dann hat sie ein wesentliches

Ziel erreicht. Nur gemeinsam schaffen wir weitere Schritte hin zur sichtbaren Einheit.

VH: Und ich möchte ergänzen: auch die internationale und kulturelle Vielfalt, in der wir uns in Deutschland bewegen.

Symbol der Vollversammlung

Das Logo für Karlsruhe ist ein visueller, bildlicher Ausdruck des Themas der Vollversammlung. Es wurde inspiriert von den lebendigen und vielfältigen Ausdrucksformen der ökumenischen Bewegung in ihrem Streben nach der Einheit von Christinnen und Christen und ihrem Engagement für Gerechtigkeit und Frieden. Es umfasst vier Elemente:

- ▶ Das Kreuz das Thema der Vollversammlung bekräftigt unseren Glauben, dass die barmherzige Liebe Christi die Welt durch die lebensspendende Kraft des Heiligen Geistes verwandelt. Als gut sichtbarer Teil des Logos für die Vollversammlung ist das Kreuz Ausdruck für die Liebe Christi und Verweis auf den ersten Artikel der Verfassung des ÖRK.
- ▶ Die Taube als ein allgemein bekanntes Symbol für Frieden und Versöhnung steht die Taube für den Heiligen Geist und verweist zudem auf die in der Bibel verwurzelten Ausdrucksformen von Hoffnung.
- Der Kreis die ganze bewohnte Erde (oikoumene) vermittelt ein Gefühl von Einheit und gemeinsamen Zielen, und von Neuanfang. Zudem war auch das Konzept der Versöhnung

- Inspirationsquelle für den Kreis. Als Christinnen und Christen sind wir durch Christus mit Gott versöhnt, und als Kirchen sind wir Boten für Vergebung und Liebe sowohl innerhalb unserer Gemeinschaften als auch darüber hinaus. Die ökumenische Bewegung hat durch entschlossenes Engagement und Handeln für eine gerechtere und partizipativere Gesellschaft und die Bewahrung der Schöpfung auf den Aufruf zu Einheit und Versöhnung reagiert.
- ▶ Der Weg wir alle kommen von unterschiedlichen Orten. aus unterschiedlichen Kulturen und Kirchen; wir gehen unterschiedliche Wege, um auf den Ruf Gottes zu reagieren; wir alle befinden uns auf einem Pilgerweg, auf dem wir anderen begegnen und uns für die Umsetzung von Gerechtigkeit und Frieden mit ihnen zusammenschließen. Die verschiedenen Wege stehen für die ganz unterschiedlichen Wege, auf denen wir uns befinden, für die Bewegung, die Freiheit und die Lebendigkeit und Dynamik, die den ÖRK und seine Mitgliedskirchen weltweit antreiben. (pm)

Der Ökumenische Rat der Kirchen wurde 1948 gegründet und ist aus dem Zusammenschluss verschiedener ökumenischer Bewegungen hervorgegangen. Zu ihnen gehören die Bewegungen "Glaube und Kirchenverfassung" sowie "Leben und Arbeiten" sowie auch Studentenorganisationen. Der ÖRK hält alle sechs bis acht Jahre eine Vollversammlung ab. Das Sekretariat des ÖRK befindet sich in Genf.



Begeistert sein

Kirchliches Engagement hat viele Gesichter

Silvia Wallner-Moosreiner (59 Jahre) leitet als Geschäftsführerin die Geschäftsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) Landesverband Bayern. Viele Jahre war sie beim Landesverband als Referentin für Schwangerschaftsberatung und Frauenhäuser tätig. Bevor sie 2019 die Geschäftsführung übernahm war sie sechs Jahre Regionalgeschäftsführerin beim Diözesanrat im Erzbistum München und Freising. Ehrenamtlich hat sie sich – bis zu ihrem Umzug – 25 Jahre im Pfarrgemeinderat, Pfarrverbandsrat und in der Ökumene im Münchner Westen eingebracht. In der neuen Heimat ist sie Mitglied im Pfarrbriefteam.

Warum engagieren Sie sich ehrenamtlich?

Eigentlich kann ich mir ein Leben ohne Ehrenamt nicht vorstellen. Vor allem in Pfarrgemeinden habe ich immer große Möglichkeiten vorgefunden mitzugestalten und eigene Ideen zu verwirklichen. Selten gab es Beschränkungen und meine damaligen Förderinnen und Föderer trauten mir immer viel zu. Sicherlich bin ich ein Kind der 1980iger Jahre, die für die Arbeit in den Pfarrgemeinden viel

Aufbruchsstimmung verbreiteten und die mich angesteckt hat.

Wie sind Sie zum freiwilligen Engagement gekommen?

Mein Zugang zum freiwilligen Engagement verlief ganz klassisch über die kirchliche Jugendarbeit in meiner Heimatgemeinde. Der erste Funke ist vor allem durch die Theatergruppe der Pfarrei übergesprungen. Später kam der Kirchenchor dazu. Nach meinem Umzug in den Münchner Westen und der Geburt meiner Kin-

der suchte ich Anschluss über die Eltern-Kind-Gruppe. Nach dem Ausscheiden der Leiterin wurde ich angefragt – und dann kam einfach eins zum anderen. Großes Interesse hatte ich immer schon für die Erwachsenenbildung und die Ökumene. Beides Felder, die im Pfarrverband damals gut aufgestellt waren und an die ich schnell Anschluss fand.

Was beschäftigt Sie im Moment?

Das kommt für mich auf die Perspektive an. Gesamtgesellschaftlich liegt mir die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Politik, Wirtschaft und eine gerechte Verteilung der Care-Arbeit sehr am Herzen. Für junge Frauen in Ausbildung, Studium, Beruf und Familie die besten Voraussetzungen zu schaffen, dass sie im Leben erfolgreich sind, ist dabei ein wichtiger Aspekt. Meine Berufsund Lebenserfahrung sagt mir, dass das nicht von alleine passiert. Mit Sorge verfolge ich die Retraditionalisierung in den Frauen- und Männerrollen, wie wir sie leider sehr schnell in der Corona-Pandemie gesehen haben.

Was wollen Sie bewegen?

Wenn ich kirchlich denke, dann sehe ich, dass wir in unserer verbandlichen Arbeit gesellschaftlich eine hohe Anerkennung erhalten und unsere professionelle Arbeit sehr geschätzt wird. Mit den Angeboten unseres Verbandes erreichen wir immer noch Menschen, denen die Kirche fremd geworden ist, die aber die soziale und caritative Arbeit sehr wohl zu schätzen wissen. Hier wünsche ich mir, dass diese Erkenntnis sich nicht nur in anerkennenden Worten ausdrückt, sondern auch in der guten, auskömmlichen Finanzierung unserer Verbandsarbeit. Ich bin immer wieder sehr berührt, wenn ich auf die hohe Motivation und das große Engagement der Mitarbeiterinnen im SkF blicke.

Kirchliches Engagement hat Zukunft, weil...

...es auch heute noch Menschen gibt, die über ihren Beruf hinaus einen Teil ihrer Zeit und Energie in der Kirche einbringen wollen. Auch wenn diese Gruppe kleiner wird, bildet sie doch ein starkes Fundament. Und im Ehrenamt liegt ja auch viel Freiheit, die sich alle ehrenamtlich Engagierten ruhig nehmen sollten, um mutig voranzuschreiten.

Impressum

Alle Autoren erreichen Sie über die Redaktion. Gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinungen der Redaktion wieder. Für alle Überschriften ist die Redaktion, nicht der Verfasser verantwortlich. Abdruck ist nach Rücksprache mit dem Landeskomitee möglich. Bei allen männlichen Angaben von Personengruppen sind selbstverständlich alle Geschlechter angesprochen.

Herausgeber und Verleger: Landeskomitee der Katholiken in Bayern.

Kuratorium:

Markus Biber, Passau Christian Gärtner, Eichstätt Dr. Günter Heß, Bamberg Karin Schlecht, Regensburg Hildegard Schütz, Augsburg Prof. Dr. Hans Tremmel, München Joachim Unterländer, München Dr. Michael Wolf, Würzburg.

Verantwortlich für Herausgabe und Vertrieb: Dr. Karl Eder, Geschäftsführer,

München. Redaktion:

Dr. Alexandra Hofstätter, verantwortlich für den Inhalt.

Redaktionsbeirat:

Dr. Hannes Bräutigam, München Manfred Fürnrohr, Regensburg Susanne Kofend, Augsburg Dr. Klaus-Stefan Krieger, Bamberg Florian Liebler, Würzburg Peter Oberleitner, Passau Josef Peis, München Martin Riedlaicher, Passau Diana Schmid, Nürnberg Rudolf Schmidt, Eichstätt Juliana Sitzmann, Bamberg Richard Ulrich, Eichstätt.

Anschrift des Verlages und der Redaktion:

Gemeinde creativ Schäfflerstraße 9 80333 München Telefon: 089 21 37-77 331 Fax: 089 21 37-77 332 E-Mail: gemeinde-creativ@ landeskomitee.de

Abo-Verwaltung und Service: E-Mail: waltraud.keller@ landeskomitee de

Druck: Gebr. Geiselberger GmbH, Martin-Moser-Str. 23, 84503 Altötting

Satz und Layout:

Miriam Hase, München Erscheinungsweise:

Jährlich 6 Hefte. Jahresabonnement kostenfrei bestellbar unter www.gemeindecreativ.de. Kündigungen jederzeit möglich.

Gemeinde creativ wird auf 100 Prozent klimafreundlichem Papier gedruckt.

Baum der Erkenntnis

Von Karl Eder

Geschäftsführer des Landeskomitees

Eigentlich haftet der Schlange aus biblisch-christlicher Sicht wenig Gutes an. Sie wird verantwortlich gemacht für den Sündenfall der Menschen, weil sie vom Baum der Erkenntnis genascht haben. Zur Strafe muss die Schlange auf dem Bauch kriechen und Staub fressen (Gen 3, 1-14). Auch wenn wir mit einem aufgeklärten Verständnis an solche Berichte der Heiligen Schrift herangehen, verbinden wir mit Schlangen, zumal mit exotischen, nicht ganz ohne Grund potentielle Gefahren.

Dabei liefert eine bestimmte Schlange aus Südamerika gute Nachrichten zu einer naturnahen Bekämpfung des Coronavirus. Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Herbst vergangenen Jahres ist es brasilianischen Forschern gelungen, im Gift der Jararacussu-Schlange ein Molekül zu entdecken, das die Vermehrung des Coronavirus hemmt.

In Laborstudien brachten wissenschaftliche Fachleute des Instituts für Chemie der Universität des Bundesstaats Sao Paulo einen Bestandteil des Giftproteins, ein Peptid, mit infizierten Affenzellen in Kontakt und stellten dabei fest, dass die Reproduktionsfähigkeit des Virus um 75 Prozent sank. Den Forschern waren die antibakteriellen Eigenschaften von Molekülen des Gifts schon früher aufgefallen, aber die Schlussfolgerungen für die Bekämpfung einer Pandemie sind neu.

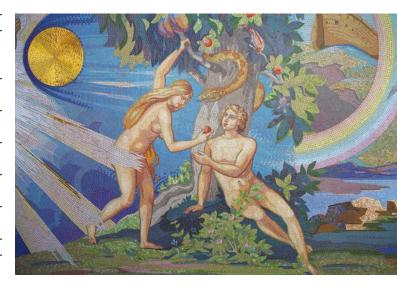
Die Ergebnisse, die in der Fachzeitschrift "Molecules" veröffentlicht wurden, sind offensichtlich aussichtsreich - nicht nur für die Forschung. Möglicherweise lassen sich sogar Medikamente zur Behandlung von Infizierten aus dem Schlangengift herstellen.

Die Jararacussu-Schlange kommt im südlichen Brasilien, in Paraguay, Bolivien und im nördlichen Argentinien vor. Es handelt sich dabei um eine Viper mit einer Länge von bis

zu 1,5 m, wobei Weibchen manchmal sogar bis zu 2 m lang werden. Die Jararacussu besitzt einklappbare Giftzähne, durch die sie ihr Gift (Ophiotoxin) in die Bisswunde injiziert. Auffällig sind nicht nur die langen Giftzähne, sondern auch die hohe Menge, die mit einem Biss abgegeben werden kann: bis zu 300 mg können den Besitzer wechseln. Die Gefahr für Menschen, daran zu sterben, liegt bei knapp 20 Prozent der medizinisch nicht versorgten Fälle.

Für solche, die vom Coronavirus infiziert sind, könnte ihr Gift dagegen lebensrettend werden. In weiteren Schritten soll nun an der geeigneten Dosis geforscht werden. Dazu sind Experimente an lebenden Organismen geplant. Auch andere Substanzen, die in Pflanzen und Tieren enthalten und deren Eigenschaften noch nicht vollständig bekannt sind, können die pharmazeutische Forschung beschleunigen. Deshalb wäre die Zerstörung des Lebensraums und der Biodiversität von Flora und Fauna fatal.

Die vierte Welle der Corona-Pandemie hat uns seit dem vergangenen Herbst gezeigt, dass wir das Virus nicht unterschätzen und nicht leichtsinnig werden dürfen. Ohne vom biblischen Baum der Erkenntnis naschen zu müs- 🖔 sen, ahnen wir: nach der Pandemie ist 🖔 vor der Pandemie. Und wenn sich mit einer solchen "Behandlung" auch an- 4 dere Infektionskrankheiten bekämpfen lassen, kommen wir dem Paradies am Ende doch einen ganz kleinen ößerhritt näher. Schritt näher.





Magazin für engagierte Katholiken – alle zwei Monate

- → Informationen für die Mitglieder der Pfarrgemeinderäte, Kirchenverwaltungen und katholischen Verbände
- → Anregungen und Hilfen für die praktische Arbeit in der Pfarrgemeinde
- → Hintergrundinformationen, Kommentare und Interviews zu gesellschaftlichen und kirchlichen Entwicklungen
- → Geistliche Begleitung quer durch das Kirchenjahr

Herausgegeben vom Landeskomitee der Katholiken in Bayern

www.gemeinde-creativ.de

